

Denk ich an Deutschland 2015

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Eine Konferenz der
Alfred Herrhausen Gesellschaft und der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung



WELT AUS DEN FUGEN?

DIE NEUE UNORDNUNG

VON THOMAS MATUSSEK

1945, nach dem grausamsten Krieg der Menschheitsgeschichte, schufen die Alliierten in Jalta und Potsdam eine politische Ordnung für Europa, die in ihren Grundzügen über die nächsten 70 Jahre Bestand haben sollte. Eine Ära von Frieden und Wohlstand begann, die den Menschen in den Jahrhunderten zuvor unvorstellbar erschienen wäre, uns Nachgeborenen aber zur Normalität geworden ist. Vor 25 Jahren fiel der Eisernen Vorhang, Deutschland wurde wiedervereinigt. Selbst diesen historischen Umwälzungen hielt die Nachkriegsordnung stand. Vielmehr: Sie schuf Frieden und Stabilität für das ganze Europa. Doch nun scheint dieser politische Ordnungsrahmen zur Disposition zu stehen.

Mit der russischen Annexion der Krim und der Unterstützung bewaffneter Separatisten in der Ostukraine ist die Geopolitik zurückgekehrt, auf dem Kontinent werden wieder gewaltsam Grenzen verschoben. Der Nahe Osten erlebt nach einem kurzen Frühling nicht wie erhofft eine Demokratisierung, sondern den Zerfall staatlicher Ordnung. Konflikte und Epidemien haben in Afrika eine Migrationswelle ausgelöst, die den Kontinent ausbluten lässt und Europas Selbstverständnis als offene Gesellschaft auf die Probe stellt. Europa droht an den Grenzen der Solidarität zu scheitern.

Auch in Deutschland scheint der große Konsens der Vergangenheit anzugehören. Das Grundvertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen schwindet und mit ihm der Zusammenhalt der Gesellschaft. Extremistische Kräfte melden sich zu Wort. Mit der AfD wird eine rechte euroskeptische Partei stark, Pegida schert sich nicht um Parlamente, sondern macht auf der Straße Politik.

Gerät die Welt, wie wir sie kennen, aus den Fugen? Was können wir tun, um neue Gewissheiten zu schaffen? Die Alfred Herrhausen Gesellschaft (AHG) ist davon überzeugt, dass sich Antworten nur im internationalen Austausch finden lassen. Welche Werte und Regeln sind uns wichtig? In welcher Rolle sieht die internationale Gemeinschaft Deutschland dabei? Was sagen die Deutschen selbst?



Thomas Matussek ist Geschäftsführer der AHG.

Wir freuen uns darauf, diese Fragen auf der „Denk ich an Deutschland“-Konferenz am 18. September in Berlin mit Politikern, Wissenschaftlern, Publizisten und einem großen interessierten Publikum zu diskutieren.

IDEEN UND INTERESSEN

VON WERNER D'INKA

Was hält eine Gesellschaft, eine Nation, eine Weltordnung zusammen? Werte? „Wie naiv“, sagen die Vertreter einer robusten Realpolitik. Interessen? „Kalter Macchiavellismus“, kommt es von den Verfechtern reiner Wertegemeinschaften zurück. Es seien nicht Ideen, die „unmittelbar das Handeln der Menschen beherrschen“, hat Max Weber, der Vielzitierte, festgestellt und hinzugefügt: „Aber die Weltbilder, welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“ Damit ist eigentlich alles gesagt.

25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist der Grundoptimismus jener Jahre, da die Berliner Mauer fiel und die Sowjetunion abdankte, wenn nicht verfliegen, so doch ziemlich erschüttert. Die Hoffnung auf eine reine Welt der Werte kommt uns vor wie ein Kinderglaube. Zu viel ist geschehen, das niemand mehr für möglich gehalten hätte: dass in Europa ein Revisionismus wieder salonfähig wird, der unter dem Deckmantel angeblicher historischer Rechte Grenzen neu zieht; dass eine Terrormiliz Wehrlose enthauptet und Kulturschätze in die Luft sprengt; dass der Zusammenhalt der Europäischen Union bis zum Zerreißen gespannt wird – und wer weiß, welche Krisen morgen die Schlagzeilen bestimmen. Viele fragen sich, wie es Karl Schlögel mit Blick auf Russland formulierte, „ob sie etwas überhört oder übersehen, sich selbst und anderen sogar etwas vorgemacht haben und sich jetzt ihr Scheitern eingestehen müssen“.

Was wieder stärker in den Blick rückt, ist die Erkenntnis, dass sich Demokratien mit Regimen auseinandersetzen müssen, die mit zunehmendem Selbstbewusstsein die westlichen Werte ablehnen, ja verachten. Doch wer mit dem Teufel essen will, braucht lange Löffel. An Staatsführungen, die man nur mit der Feuerzange anfassen möchte, wird man nicht vorbeikommen, aber Kontakte zu Akteuren der Zivilgesellschaft können helfen, in vielen Ländern sind sie die Hefe im Teig der Erneuerung.



Werner D'Inka ist Herausgeber der F.A.Z.

Auf der Suche nach neuen Wegen wird die Konferenz „Denk ich an Deutschland“ gewiss Fahrten legen, die zu verfolgen sich lohnt.



1958, Friedland: Vertriebene im Sammellager. Foto Wolfgang Haut



1959, Dortmund: Bergarbeiter demonstrieren gegen Zechensterben. Foto J. H. Darchingner

DER WESTEN LIEGT HEUTE IM OSTEN

Wegschauen oder eingreifen? In der Ukraine entscheidet sich viel mehr als das Schicksal eines einzigen Landes. VON KONRAD SCHULLER

An der Strandpromenade der ukrainischen Stadt Mariupol am Asowschen Meer ist es an einem Abend im August während eines Artillerieüberfalls auf die Vororte zu einem Zwischenfall gekommen. Im „Garten“, einem der letzten Terrassenlokale, die noch bis in die Nacht öffnen, seit Krieg ist und die Urlauber nicht mehr kommen, gab Galina Odnorog, Mitglied einer Bürgerinitiative, die den Widerstand der Stadt gegen die russischen Truppen draußen vor den östlichen Vierteln organisiert, ein Interview. Es war zehn Uhr, und gerade hatte sich ein Kämpfer des ukrainischen Freiwilligenbataillons „Donbass“, das von Odnorog und ihren Freunden mit Schutzwesten, Schuhen sowie selbstgefrästen Schalldämpfern für Sturmgewehre versorgt wird, zu einem Plausch dazugesetzt. Der Seewind brachte Kühlung nach der Hitze eines ukrainischen Sommertages, und auf der Tanzfläche hatten die ersten Paare begonnen, sich zu russischen Romanzen zu wiegen.

Der Zwischenfall ereignete sich, als von jenseits der Bucht, wo hinter den Stahlwerken das Separatistengebiet beginnt, die ersten Salven über das Wasser rollten. Sogleich klingelten an allen Tischen die Telefone. Angespannte Gesichter im Licht der Bildschirme, gedämpfte Rufe rechts und links. Dann, von allen Seiten, die gleichen Worte: „152 Millimeter“, „Haubitze“, „Uragan“ – die Kaliber und Waffentypen dieses Krieges; zuletzt dann aber nur noch dieses eine Wort: „Sartana“ – der Name eines Vororts an der „Kontaklinie“. Bald wussten es alle: Wieder einmal hatten die prorussischen Kämpfer einen Vorort Mariupols angegriffen – jener Stadt, durch deren Besitz die Ukraine den strategisch unersetzlichen „Korridor“ zwischen Russland und der 2014 annektierten Halbinsel Krim kontrolliert. In Sartana hatten sie ein Wohn-

gebiet getroffen, zwei waren tot, sechs verletzt. Einem Mädchen werde man wohl ein Bein abnehmen müssen.

All dies wussten alle nach wenigen Minuten – und dennoch zerfiel die Abendgesellschaft sogleich in zwei Gruppen. Die einen horchten noch einmal über die Bucht, wie um sich zu vergewissern, dass tatsächlich nur auf Sartana der Tod regnete, dann kehrten sie zur Tanzfläche zurück, wo die Musik immer noch spielte. Die anderen kehrten nicht zurück. Die Freiwilligen vom Bataillon liefen zu ihren Autos, nachdem auch bei ihnen das Telefon geschrillt hatte. Galina Odnorog, die als eine der Ersten verstanden hatte, was vorging, war zu diesem Zeitpunkt schon wie ein Dämon auf den Geschäftsführer zugeschossen und verlangte nun, Musik und Tanz sofort einzustellen. „Die machen einfach weiter!“, schrie sie in den schon abnehmenden Geschützdonner, als keiner reagierte. „Machen weiter und haben schon alles vergessen! Tanzen auf den Knochen der Leute!“ Der Manager schwieg, die Paare wiegten sich. Noch einige Minuten versuchte Odnorog, ihnen immer noch schreiend zu bedeuten, dass niemand auf der ganzen Welt je zu ihnen halten werde, zu den Menschen von Mariupol, wenn sie selbst jetzt nicht zu den Menschen von Sartana hielten, ihren Mitbürgern. Als niemand reagierte und der Manager murmelnd zu bedenken gab, da könne er ja gleich dichtmachen, wenn er bei jedem Schuss die Musik abstellte, stieg Galina Odnorog in ihren mit Splitterschutzwesten, Flugblättern und Rettungsdecken vollgestopften Mitsubishi und brauste zum Krankenhaus, um nach den Verletzten zu sehen.

Wie die Abendgäste von Mariupol, so teilt sich die ganze Ukraine in zwei Gruppen, seit Russland als Revanche für die proeuropäische Revolution am Kiewer „Majdan“ das Land mit Krieg überzieht, seit die Krim annektiert ist und im Industrieviertel Donbass russische Truppen aggressive Separatistenregimes am Leben erhalten. Die einen geben sich gleichgültig, blicken zu Boden, und wenn die prowestliche Führung in Kiew Reservisten einzieht, tauchen sie ab, um nur ja nicht den Einberufungsbefehl zugestellt zu bekommen. Das sind nicht wenige. Während der letzten Welle der partiellen Mobilmachung haben die Wehrämter nur 60 Prozent des Solls erfüllen können.

Andere dagegen haben die Gegenwehr gewählt. Als Russland im April 2014 versuchte, das „Modell Krim“ – Inszenierung eines prorussischen „Volksaufstands“ mit anschließender Annexion – auf dem Festland zu wiederholen, trafen die gesteuerten „Rebellen“ plötzlich auf Hindernisse. Zwar gelang es ihnen in den russophonen Regionalmetropolen Donezk und Luhansk, bescheidene prorussische Demonstrationen auf die Beine zu stellen; aber zugleich entstanden aus dem Nichts



1961, Berlin: Eine Flucht. Foto Peter Leibing

1960: Italienische Gastarbeiter. Foto Wolfgang Haut

die ersten ukrainischen Freiwilligenbataillone als eine Art bewaffnete Bürgerinitiative – allen voran das Bataillon „Donbass“, dessen Wurzeln in den Ordnergruppen der prowestlichen Demonstrationen lagen, welche es vor der russischen Intervention auch in der Ostukraine gegeben hatte. Nicht alle dieser Bürgermilizen sind über alle Zweifel erhaben: Einige Bataillone galten eine Zeitlang als Privatarmeen von Oligarchen. Andere weigern sich, die Befehlsgewalt des Staates anzuerkennen. Es gab Bataillone, die aufgelöst werden mussten, weil sie eher Räuberbanden glichen als Bürgerwehren, und zumindest eine Einheit – das Bataillon „Asow“ – ist dafür berüchtigt, dass es Rechtsradikale mit Nazi-Tattoos aus aller Welt anzieht.

Diese Phänomene sind aber Ausnahmen geblieben, Nebeneffekte einer Selbstmobilisierung. Was allerdings durchgängig gilt, ist, dass diese Freiwilligenverbände in der ersten Phase des Krieges, als die reguläre Armee kaum aus den Kasernen kam, die Hauptlast des Widerstands gegen Russland getragen und einen großen Teil des ukrainischen Blutzolls entrichtet haben. Mittlerweile sind fast alle in die Armee oder in die Nationalgarde integriert, und wer die erprobteste dieser Einheiten besucht, eben das Bataillon „Donbass“ bei Mariupol, wird nicht die geringsten Zeichen von Extremismus oder Rassismus vorfinden. Ukrainisch und Russisch wird locker durcheinandergesprochen, die Soldaten debattieren auf den Mannschaftsstuben ebenso kontrovers wie kameradschaftlich über divergierende Ansichten, und von völkischen Symbolen, Fahnen oder Tätowierungen fehlt jede Spur.

Wie die Ukraine schwankt auch der Westen zwischen gegensätzlichen Impulsen. Europa und Amerika helfen und schauen zugleich weg. Einerseits haben viele, vor allem in den neuen EU-Ländern, die vor kurzem noch von der Sowjetunion besetzt waren, längst verstanden, dass Russlands Angriff auf die Ukraine ein Angriff auf ihre eigene Sicherheit ist. Polen, Estland, Lettland, Litauen fürchten, dass sie die nächsten Opfer wären, wenn Moskau ein neues Kiewer Protektorat schüfe. Es ist deshalb viel geschehen, um dieses Land zu unterstützen, das für seine westliche Wahl einen so hohen Preis an Gütern und Menschenleben zahlt. Amerika liefert Geländewagen, Feldhospitäler und Anti-Artillerie-Radars, Frankreich verzichtet darauf, Russland milliardenteure Hubschrauberträger zu verkaufen, die Bundeskanzlerin hat sich an die Spitze des stets prekären Friedensprozesses von Minsk gesetzt. Der Internationale Währungsfonds hat zusammen mit den Vereinigten Staaten und Europa ein Kreditpaket von 40 Milliarden Dollar geschnürt, und Großbritannien will in diesem Jahr 2000 ukrainische Soldaten ausbilden. Vor allem aber haben Amerika und die EU gegen Mos-

kau ein Paket von Sanktionen verhängt, das der russischen Wirtschaft spürbare Schmerzen bereitet.

Dennoch ist das Bild nicht einheitlich. Weder Amerika noch die Länder der EU leisten der Ukraine mit letzter Entschlossenheit militärische Hilfe. Panzerfäuste, Flugabwehrwaffen bleiben unter Verschluss, und nach Auskunft amerikanischer Diplomaten in Kiew besitzen die Anti-Artillerie-Radars, welche die Ukraine erhalten hat, nur eine ungenaue Ortungselektronik – präzise genug, um ein ungefähres Bild von den Standorten der russischen Geschütze zu geben und dann die eigenen Soldaten in Sicherheit zu bringen, aber eben nicht hinreichend akkurat, um den Gegner punktgenau zu bekämpfen. Der russische Präsident Wladimir Putin soll nicht sagen können, russisches Blut sei durch westliche Waffen vergossen worden.

Der Westen weiß nicht so recht, welche historische Warnung er ernster nehmen sollte – die von 1914 oder die von 1938.

Manchmal sieht es so aus, als wüsste der Westen nicht so recht, welche historische Warnung er ernster nehmen sollte – die von 1914 oder die von 1938. 1914, beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, marschierte die Welt „schlafwandelnd“ in die Katastrophe, weil ihre Führer der schwarzen Logik der Eskalation keine moderierende Vernunft entgegensetzten. 1938 wiederum, als der Westen im „Münchener Abkommen“ Hitlers erste Aggressionen duldete, um „peace for our time“ zu sichern, führte nicht kopflose Überreaktion in die Katastrophe, sondern fahrlässiges Nichtstun. Ermutigt von der Passivität der europäischen Mächte, stellte Nazi-Deutschland seine Kriegspolitik nicht etwa ein, sondern entfesselte durch den Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Seither ist das „Appeasement“ von München zum Synonym für das Lostreten einer Katastrophe durch Zurückweichen geworden.

Seit Russland durch die Invasion in der Ukraine, durch seine Bomberflüge über Ost- und Nordsee, seine ständigen Großmanöver ein neues Gesicht zeigt, schwankt der Westen zwischen den Warnungen von „1914“ und „1938“. Vor einer Katastrophe durch Feigheit warnen vor allem die Osteuropäer, welche die russische Okkupation noch in den Knochen spüren. Warschau steht hier in vorderster Linie. Dass ihr Land das nächste Ziel Moskauer Begehrlichkeit sein könnte, wenn die Ukraine erst einmal kassiert sein sollte, ist den Eliten an der Weichsel ebenso klar wie denen im Baltikum, und deshalb dringen sie auf Faustpfänder westlicher Bündnistreue: Amerikanische Abwehraketen, Stützpunkte,



1973, Bonn: Breschnew besucht Bonn – und Kanzler Brandt, rechts. Foto Barbara Klemm



Im Kalten Krieg, Berlin: Grenzsoldaten

Infrastruktur – alles muss her, was den Westen an seine östlichen Partner bindet. Nüchtern betrachtet, so sagt der neue polnische Präsident Andrzej Duda, ist der Nato-Vertrag ein Stück Papier. Die reale Schutzgarantie des Bündnisses ende dort, wo dessen Stützpunkte aufhörten – an der deutsch-polnischen Grenze. Weil Polen aber nicht nur „Pufferzone“ sein wolle, werde sein Land beim Nato-Gipfel 2016 auf eine permanente Präsenz der Allianz auf seinem Territorium dringen.

Die gegenläufige Warnung, die vor dem kopflosen Schlittern in einen neuen Eskalationszyklus mit dem Risiko eines nuklearen Infernos, wird dagegen vor allem im „alten Westen“ formuliert. Das „European Leadership Network“ zum Beispiel, eine Gruppe prominenter Sicherheitspolitiker mit Sitz in London, hat im August beschrieben, wie aus der Aufeinanderfolge von russischer „Zündelei“, unangekündigten Großmanövern und provozierenden Luftraumverletzungen sowie der jeweiligen Reaktion des Westens – Abfangjäger, Manöver, Truppendislozierungen – ein „Aktions-Reaktions-Zyklus“ entstehen kann, der in ein geradezu klassisches „Sicherheitsdilemma“ hineinführe: Während die eine Seite ihre Maßnahmen als Verteidigung begreife, verstehe die andere sie als Aggression. Mittlerweile habe es 66 militärische Beinahe-Zwischenfälle zwischen Russland, der Nato und ihren Partnern gegeben. Die Situation habe „das Potientiel für gefährliche Fehlkalkulationen oder einen Zwischenfall, der ... eine direkte militärische Konfrontation nach sich ziehen könnte.“

Viele Nato-Staaten, unter anderem Deutschland und Amerika, widersetzen sich deshalb den Wünschen ihrer osteuropäischen Partner nach neuen Stützpunkten. Zur Begründung wird dabei auf die Nato-Russland-Grundakte von 1997 verwiesen, welche das Versprechen der Nato enthält, im „vorhersehbaren Sicherheitsumfeld“ auf die „zusätzliche“ Stationierung „substantieller Kampftruppen“ zu verzichten.

Autoritäre Herrschaft, begrenzte Eroberungen, ein Kultus des männlichen Oberkörpers – ist Putin ein neuer Mussolini?

Ist solche Zurückhaltung vernünftige Kompromissbereitschaft oder haltloses Appeasement? Die Antwort hängt stets davon ab, wie das Gegenüber – diesmal Russland und Präsident Putin – einzuschätzen ist. Wenn der Partner bereit ist, Kompromisse zu honorieren, weil es ihm tatsächlich nur um begrenzte und berechnete Interessen geht (hier etwa die Rechte Russisch sprechender Bürger der Ukraine), kann Nachgeben Klugheit sein. Wenn die Gegenseite aber jedes Einlenken nur

dazu nutzt, danach noch viel weiter reichende Forderungen zu stellen, dann ist Zurückhaltung ein Brandbeschleuniger. Überspitzt gesagt: Wenn Putin, so wie es die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė formuliert hat, ein Wiedergänger Stalins oder gar Hitlers sein sollte, dann würde er jede Zurückhaltung des Westens bei der Bewaffnung der Ukraine oder bei der Stationierung von Nato-Truppen in Ostmitteleuropa nur dazu nutzen, noch tiefer in das Vakuum hineinzustoßen, das der Westen nicht ausfüllt.

In der überfallenen Ukraine ist der Hitler-Vergleich eine Selbstverständlichkeit. „Putler“-Graffiti (Putin mit Schnauzbart und Seitenscheitel) prangen an jedem Gartenzaun. Diese Analogie ist allerdings (noch) nicht berechnigt. Es gibt keinen russischen Holocaust, und die Donbass-Intervention ist kein dritter Weltkrieg. Möglicherweise liegt deshalb eher der polnische Publizist Adam Michnik richtig, der Putin mit Benito Mussolini verglichen hat – autoritäre Herrschaft, begrenzte Eroberungskriege und nicht zuletzt ein überhöhter Kultus des männlichen Oberkörpers verbinden die beiden.

Für die Frage, ob Zurückhaltung kluge Kompromissbereitschaft wäre oder fahrlässiges Appeasement, ist das allerdings schon genug. Mit seinen militärischen Abenteuern hat Putin bewiesen, dass internationale Abmachungen, etwa das „Budapester Memorandum“, in dem Russland, Amerika und Großbritannien 1994 die Unverletzlichkeit der Ukraine garantiert haben, für ihn nur deshalb von Wert sind, weil er durch ihre Verletzung friedliche Nachbarn überrumpeln kann. Mit dieser aggressiven Unberechenbarkeit setzt Putin nicht nur die Ukraine unter Druck, sondern auch die östlichen Mitglieder der Nato. Seine Kampfflugzeuge verletzen den Luftraum Finnlands und Estlands, Großmanöver im Grenzgebiet zum Baltikum werden gegen alle Abmachungen ohne Ankündigung gehalten, um (nach Einschätzung des ELN) „Szenarien der militärischen Erpressung gegen bestimmte Mitglieder oder Partner der Nato“ vorzuführen. Am drastischsten konnte Russlands Wille zur eskalierenden Vertragsverletzung zuletzt am Umgang mit den Beobachtertruppen der OSZE in der Ostukraine abgelesen werden: In den letzten Wochen haben sich die Übergriffe prorussischer Kämpfer gehäuft. Es gab Anschläge und Todesdrohungen, die Mission spricht von einer „galoppierenden“ Verschlechterung ihrer Sicherheit.

In der Ukraine hat man die Konsequenz längst gezogen. Trotz aller Probleme bei der Mobilmachung sind viele bereit, zu kämpfen. Als die F.A.Z. im August das Bataillon „Donbass“ besuchte, war der stellvertretende Kommandeur, ein Kiewer Geschäftsmann mit dem Kampfnamen „Sedoj“ (der Graue), gerade im Begriff, zwei Mariupoler Jungs



der DDR. Foto Wolfgang Haut



1982: Nicole siegt. Foto Wolfgang Haut



1988, Hannover: EG-Gipfeltreffen. Foto Barbara Klemm

von 17 und 18 Jahren, die sich freiwillig gemeldet hatten, zu registrieren – dem jüngeren sagte er zugleich, dass er zwar in die Ausbildung dürfe, aber noch nicht hinaus an die Feldposten. Zwei seiner Sanitätärinnen, so erzählte „Sedoj“, hätten gerade ebenfalls verlangt, zur kämpfenden Truppe versetzt zu werden – im Lazarett hätten sie so viel von den „Folgen“ des Krieges gesehen, dass sich jetzt „den Ursachen“ stellen wollten.

Der Westen aber wankt, als nähmen die dröhnenden Warnungen vor „1914“ und „1938“ ihm die Besinnung. Einerseits unterstützt er die Ukraine. Sanktionen gegen Russland sind in Kraft, es gibt Geld und Material, Russland ist aus der G8 ausgeschlossen worden. Weit auffälliger aber sind die Versäumnisse. Angela Merkel und Barack Obama haben schon 2014 so eilig und so klar versichert, dass es auf Russlands Aggression keine militärische Antwort geben werde, dass Moskau das nur als Ermutung verstehen konnte. Folgerichtig hat die bislang wichtigste russische Militäroperation, die Schlacht von Ilowajsk im August 2014, nur Stunden nach einem Besuch Merkels in Kiew begonnen, auf dem sie ein weiteres Mal ihr Mantra wiederholt hatte, es gebe „keine militärische Lösung“.

Auch die Finanzhilfe für die Ukraine ist vergleichsweise gering. Allein die jüngste Kredittranche für Griechenland ist doppelt so hoch wie das gesamte vom IWF, von Amerika und Europa versprochene Hilfspaket für die Ukraine. Gleichzeitig ist Europa durch seine Gas- und Ölimporte aus Russland de facto der Hauptfinanzier der russischen Eroberungspolitik. Die Folgerung ist klar: Der Westen wiederholt heute nicht die Fehler von 1914, sondern die von 1938.

Die Kosten werden enorm sein. Weil die Unverletzlichkeit der Ukraine nach ihrem Verzicht auf ihre von der Sowjetunion geerbten Atomwaffen im „Budapester Memorandum“ auch von Amerika garantiert worden ist, beschädigt die Vormacht des Westens durch ihre halbherzige Reaktion auf den russischen Überfall ihre Glaubwürdigkeit als Bündnispartner. Zugleich ergeht das Signal, dass es unvernünftig ist, in einer Welt ohne verlässliche Bündnisse auf Kernwaffen zu verzichten. Hätte die Ukraine seinerzeit ihr Arsenal behalten, hätte Russland sie jetzt kaum so sorglos überfallen.

Falls Russland sein Ziel erreicht, die Ukraine zu destabilisieren, können neue Flüchtlingsströme die Folge sein. Heute schon spielt sich hier eines der größten Flüchtlingsdramen Europas ab. 1,4 Millionen Binnenflüchtlinge hat das Land derzeit zu verkraften. Wenn die Ukraine scheitert, werden sie die Grenzen der EU bedrängen. Zur heutigen Mittelmeertragödie könnte dann die Katastrophe des Ostens kommen.

Zudem ist ungewiss, ob sich Moskau nach einem Sieg über die Ukraine nicht gleich neue Opfer suchen würde. Die Wiederherstellung der Hegemonie im alten „Kleinrussland“ würde imperiale Tendenzen stärken. In Moskau ist nicht vergessen, dass manche Nato-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen) in ihrer Geschichte schon generationenlang Provinzen des Zarenreiches waren.

Was tun? – Zuallererst sollte der Westen aufhören, sich von russischen Schnulzen einlullen zu lassen, während jenseits der Bucht die Haubitzen donnern. Galina Odnorog, die in Mariupol dazwischenfuhr, hat recht: Wer hier weiter in der Nachtluft tanzt, tanzt buchstäblich „auf den Knochen der Menschen“. Spätestens seit den neuesten Übergriffen prorussischer Kämpfer auf die OSZE ist klar, dass Russland nie beabsichtigt hat, Abmachungen zu honorieren – die von Minsk ebenso wenig wie die von Genf oder anderswo.

Deshalb muss mehr getan werden, um die Ukraine zu schützen. Das Land büßt heute für nichts anderes als dafür, dass es sich in der Majdan-Revolution von 2014 für Europa entschieden hat anstatt für Putins Machtvertikale. Seine Freiwilligen im Kriegsgebiet bringen für westliche Werte heute größere Opfer als sonst jemand auf dem europäischen Kontinent. Deshalb ist es unabweislich, der Ukraine weit mehr zu helfen als bisher – auch aus nüchterner Interessenabwägung. Das Erste muss dabei ökonomische Hilfe sein. Erst in zweiter Linie kommt es darauf an, auch Waffen zu liefern. Panzerfäuste und Flugabwehrraketen sind wichtig, aber die Wirtschaft ist wichtiger. Wer Geld hat, kann sich das Nötige kaufen.

Außerdem muss Putin klargemacht werden, dass der Preis seiner Aggression deutlich steigen könnte. Der Westen sollte ihn nicht durch ein neues „München“ in Versuchung bringen. Russland muss wissen, dass es ganz nahe an der roten Linie steht. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass die neuesten Versuche, den Waffenstillstand von Minsk zu retten, wider Erwarten erfolgreich sind. Bis Anfang September zum Beispiel hat er überraschend über längere Zeit gehalten. Wenn die Abmachung aber durch russische Sabotage scheitert, ohne dass jemand reagiert, steht Merkel als Mitautorin vor den Ruinen ihrer Glaubwürdigkeit.

Der Westen liegt heute im Osten. Hier sind seine Werte bedroht, hier muss er verteidigt werden. Das kostet viel. Es wird aber noch mehr kosten, nur weiter zu russischen Romanzen zu tanzen, wenn die Salven übers Wasser wehen.

Konrad Schuller ist Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Polen, die Ukraine und die baltischen Staaten.



1989, Obersuhl/Untersuhl: Westreisende Foto Mirko Krizanovic



2001, New York: „9/11“ Foto dpa

GIBT ES PUTIN, GIBT ES RUSSLAND

Ein Mann herrscht über ein Land. Das will begründet und inszeniert sein. Über das russische Führerprinzip. VON FRIEDRICH SCHMIDT

In der russischen Politik ist Präsident Wladimir Putin allgegenwärtig. So allgegenwärtig, dass er sogar einem Herrschaftssystem seinen Namen gegeben hat: dem Putinismus. Die Fachleute sind uneins darüber, was dieses Phänomen ausmacht. Von Staatskapitalismus, Autokratie, Nepotismus ist schon länger die Rede, mittlerweile vermehrt auch von Nationalismus, Revisionismus, Repression. Eine letztgültige Definition steht aus, voraussichtlich mindestens so lange, wie Putin an der Macht bleibt. Schließlich bestimmt er selbst, welche Mittel ihm dazu gerade am besten gelegen kommen. Mal ist der Westen Partner, mal Feind. Mal setzt er auf Handel, mal auf Abschottung. Mal gibt er sich liberal, mal chauvinistisch. Mal ist er Präsident, mal Ministerpräsident. Aber immer präsent. Was passiert, wenn er einmal nicht da ist, ließ sich im vergangenen März verfolgen. Da trat Putin einige Tage nicht öffentlich auf. Sofort wurde spekuliert: Ist Putin krank? Wird er noch einmal Vater? Ist er vielleicht schon tot?

Der ideale Putinismus ist schlicht: Ein Mann herrscht über ein Land und seine Bewohner (plus einige Nachbarländer und -völker, aber da wird es komplizierter). Dabei knüpft der Putinismus, wie sollte es anders sein, an Russlands Geschichte an. Insbesondere die Legende vom „guten Zaren“ findet sich weiterhin, angepasst an präsidentiale Gegebenheiten. So, wenn Putin vor allfälligen Vorwürfen in Schutz genommen wird: An Missständen müssen stets die Untergebenen schuld sein, was soll Putin auch tun, er muss sich ja um das ganze Land (plus x) kümmern. Doch im Unterschied zum Zarismus fehlt dem Putinismus zumindest bislang das dynastische Element. Der erste stellvertretende Leiter der Präsidentsverwaltung, Wjatscheslaw Wolodin, brachte das System

im Oktober vergangenen Jahres auf die ebenso griffige wie fatalistische Formel: „Wenn es Putin gibt, gibt es Russland. Wenn es Putin nicht gibt, gibt es auch Russland nicht.“ Dieser Ansatz erklärt zugleich, warum das offizielle politische Leben in Russland trotz steter Kraftmeierei aller Akteure so fad ist: Es besteht letztlich aus Putin-Exegesen. Oder Mutmaßungen. Denn oft äußert sich der Präsident nicht oder nicht sofort. Man wartet dann auf seinen Auftritt. Und sei es der in der jährlichen, vielstündigen Frage-und-Antwort-Fernsehsendung, in der sich Putin einem ausgewählten Teil des Volkes stellt.

Im russischen Alltag ist Putin längst nicht so sichtbar, wie es seinerzeit Stalin war oder wie es Lenin in Form von Straßennamen und Denkmälern immer noch ist. Ausgerechnet Tschetschenien bietet das erste Beispiel dafür, wie Putin ins Stadtbild einziehen kann. Um die Teilrepublik führte Moskau in jüngerer Zeit zwei blutige Kriege, einen davon unter Putin selbst. Aber seit bald sieben Jahren bildet Grosnyj die Avantgarde des Putinismus. Damals benannte Machthaber Ramsan Kadyrow die wichtigste Straße der Hauptstadt, den „Sieg-Prospekt“, in „Putin-Prospekt“ um. An den Häusern entlang der Straße prangen nun Bilder von Putin (daneben auch von Kadyrow und dessen Vater). Regelmäßig kommen aus Grosnyj theatralische Treueschwüre auf den Führer, dafür fließt weiter Geld aus Moskau nach Tschetschenien. Doch auch die Grenzen des Putinismus sind dort zu besichtigen. Bald hinter dem „Putin-Prospekt“ und einigen Wolkenkratzern in „Grosnyj City“ ist die Glitzerwelt zu Ende. Die Spuren des Krieges sind unverkennbar, an den Häusern und erst recht in den Erzählungen der Menschen. Das Misstrauen gegen Russland ist zu spüren. Was, wenn das Geld nicht mehr fließen sollte, fragt man sich. Oder wenn Kadyrows Gewaltregime zu Ende gehen sollte. Vielleicht ist Tschetschenien dann immer noch wegweisend für den Putinismus.

In anderen Teilen Russlands schlägt sich das Führerprinzip diskreter im Straßenbild nieder. Zwar findet man in den Städten viele Händler, die Putin-Devotionalien verkaufen, vor allem T-Shirts. Ein besonders verbreitetes Modell zeigt Putin mit Sonnenbrille über dem Schriftzug „Der höflichste der Menschen“. Das spielt auf ein russisches Kosewort für die Spezialkräfte des Landes an, die im Frühjahr 2014 die Krim besetzten. Man sieht durchaus Leute, die mit solchen Hemden herumlaufen. Aber viele sind es nicht, vor allem gemessen an den regelmäßig vermeldeten Rekordumfragewerten für Putin (beliebt bei 86, 87 oder 88 Prozent). Auch hat derlei Heldenverehrung meist etwas Augenzwinkerndes. Genauso, wie die Massenveranstaltungen des Kremls etwas Künstliches haben. In Februar zum Beispiel marschierte mitten in



2003, Mannheim: Deutsche mit, wie man zu sagen beginnt, Migrationshintergrund Foto Karsten Schoene/Laif

2001, Frankfurt: Jetzt kommt das neue . . .

Moskau der „Antimajdan“ auf, eine von Politikern und dem putintreuen Motorradclub „Nachtwölfe“ ins Leben gerufene „Bewegung“. Die Veranstaltung wurde nicht nur vielfach beworben: Der „Antimajdan“ steht für den Kampf gegen all das, was die Führung und ihre Medien seit Beginn der Proteste in Kiew als Bedrohungen für Russen und Russland propagieren. Es kamen dennoch nur, so die Behörden, 35 000 Menschen. Viele von ihnen wurden dazu von ihren Schulen, Universitäten oder Behörden verpflichtet. Andere erhielten umgerechnet vier Euro für die Teilnahme. Selbst nach der Feier zum Jahrestag der Annexion der Krim, die wie kein zweites Ereignis positiv mit Putin verbunden wird, gab es Berichte über gekaufte Teilnehmer.

Solche Mobilisierungspraktiken waren zwar schon zu sowjetischen Zeiten verbreitet. Aber sie lassen doch daran zweifeln, dass der Putinismus ein Phänomen ist, das die Massen wirklich begeistert und sie aus der verbreiteten Apathie reißt. Auch der Kreml ist sich der Umfragewerte offenkundig nicht sicher: Die Unterdrückung von Putins Gegnern nimmt immer weiter zu, egal wie hoch seine Beliebtheitswerte gerade sein sollen. Als Gradmesser für den Erfolg des Putinismus taugen sie nur bedingt: Was soll man auch antworten, wenn ein Unbekannter anruft und fragt, wie man Putin findet, derweil alle, die den Präsidenten nicht gut finden, im Fernsehen als Verräter diffamiert werden.

Dessen Einfluss ist das wohl durchschlagendste und spürbarste Element des Putinismus. Das vom Kreml kontrollierte Fernsehen liefert Geschichten, die nach der Maxime erdacht werden, dass sie umso eher geglaubt werden, je furchtbarer sie sind. Wie die Mär von dem angeblich von Ukrainern gekreuzigten Jungen in Slawjansk. Oder die von amerikanischen und polnischen Soldaten auf Seiten der ukrainischen „Faschisten“. Oder die gleichzeitig verbreiteten, völlig unterschiedlichen Versionen zum Ende von Flug MH17.

Geschichten wie diese mögen dereinst als virtuelle Denkmäler für Putin dienen. Derzeit sind sie seine Machtinstrumente. Sie begegnen einem im russischen Alltag viel häufiger als Porträts des Präsidenten. Denn sie bleiben in den Köpfen, als Sprach- und Denkschablonen. Die „bewaffnete Machtergreifung“ in Kiew. Der „faschistische Putsch“. Das schwule Europa, „Gayropa“. Die Frage „Wem nutzt es?“ Und immer wieder Washington, das an allem schuld sein soll. Mit Präsident Barack Obama, nach dessen Pfeife angeblich ganz Europa tanze, außer Putin natürlich. Die Propaganda spaltet die Russen in Patrioten und Volksfeinde. Der Riss geht durch Freundeskreise und Familien. Wer als Fremder aus dem nunmehr feindlichen Westen zur Mehrheit sprechen will, muss sich oft durch einen Wortschwall aus verbalen Versatzstücken

und Vorwürfen kämpfen. Dahinter kann sich dann verbergen, was die Leute wirklich betrifft: schlechte medizinische Versorgung, schlechte Straßen, teurere Lebensmittel.

Die Geschichten über innere und äußere Feinde lenken von diesen Problemen ab – ein altes Prinzip. Wie effektiv es sein kann, zeigt ein Beispiel wiederum aus Grosnyj. Dort erzählte im Frühjahr eine alte Frau, wie sie ihren Mann und ihren Sohn an die Sicherheitskräfte verloren hatte. Sie waren vor Jahren verschwunden, ihre Leichname nie aufgetaucht. Die alte Frau war voller Gram. Dann aber wollte sie unbedingt noch selbst eine Frage stellen. Warum denn in Schweden die Kinder sich mit sechs Jahren entscheiden müssten, welches Geschlecht sie wollten, sagte sie, entrüstet, aufgebracht. Sie hatte im Fernsehen etwas über „Genderpolitik“ in Schweden gesehen.

Nicht nur das Fernsehprogramm, in dem der Westen verflucht und der Überlebenskampf der „russischen Welt“ beschworen wird, ist ein Gesicht des Putinismus. Auch seine Macher sind es. Ganz vorne mit dabei ist der Sender Lifenews. In Russland ist er stets an der Seite der Sicherheitsbehörden, im Donbass an der Seite der Separatisten. Am 27. Januar, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, wartete ein großes Presseaufgebot im Moskauer Jüdischen Museum auf einen Auftritt Putins. Die Mitarbeiter von Lifenews vertrieben sich die Zeit damit, auf ihrem Computer frisches Bildmaterial aus Donezk anzusehen: Separatisten, die ukrainische Soldaten durch die Stadt treiben lassen. Gleich darauf die Leichen ukrainischer Soldaten, denen offenbar aus nächster Nähe in den Kopf geschossen worden war. Putin schlug in seiner Rede dann einen Bogen von der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zur „heutigen Tragödie im Südosten der Ukraine“.

Das Fernsehgesicht des Putinismus kann ein sehr westliches sein. Im Februar, während der Verhandlungen von Minsk, stellte sich ein Funktionär des Staatsfernsehens zu zwei deutschen Journalisten auf eine Zigarette vor die Türen des Präsidentenpalastes. Glatt rasiert, feine Schuhe, schicker Anzug, ein Auftritt nach dem Stil eines Mitglieds der englischen Oberschicht. Es war tief in der Nacht, die Gespräche liefen seit Stunden und würden noch viele weitere laufen. Wer denn mehr von einer Einigung profitieren werde, Merkel oder Steinmeier, fragte Putins Medienmann in fast akzentfreiem Englisch mit bemüht britischer Färbung. Es gibt viele Berichte über die Vorliebe der Elite für einen westlichen Lebensstil. In solchen Momenten werden sie plastisch.

Friedrich Schmidt ist politischer Korrespondent der F.A.Z. für Russland, Weißrussland, den Kaukasus und Zentralasien mit Sitz in Moskau.



... Bargeld. Foto dpa



2008, Tiflis: Georgier, die aus dem abtrünnigen Südossetien geflüchtet sind Foto Frank Röth



2008, Jarinje:

DAS DEUTSCHE STAUNEN ÜBER DEN MIGRANTEN

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht, und sie alle wollen zu uns, oder? Falsch. Eine Korrektur in Zahlen. VON NIKOLAS BUSSE

Jeder von uns hat in der Schule gelernt, dass der Mensch nicht immer sesshaft ist. Die Völkerwanderung der Germanen, die deutsche Auswanderung nach Amerika im 19. Jahrhundert oder die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg gehören zum kollektiven Gedächtnis. Und doch betrachten wir diese Ereignisse wie Zeugnisse einer lange vergangenen Zeit, in der das Leben unzivilisiert und unbarmherzig war. Nicht nur die Deutschen, die in der behüteten alten Bundesrepublik aufgewachsen sind, haben eine recht statische Vorstellung vom Zusammenleben der Völker: Kriege sollten darin nicht vorkommen und Migration erst recht nicht. Wozu gibt es schließlich Grenzen?

Das ist natürlich eine ahistorische Sichtweise. Migration gibt es, seit der moderne Mensch vor hunderttausend Jahren von Ostafrika aus die Welt besiedelte. Nichts spricht dafür, dass sich das gerade im Zeitalter der Globalisierung grundlegend ändern wird. Das deutsche Staunen über die Flucht- und Wanderungswellen, die uns nun periodisch erreichen, ist wahrscheinlich eine Spätfolge des Kalten Krieges. Weil der einen alten Wanderungskorridor, den von Ost- nach Westeuropa, für ein halbes Jahrhundert verriegelte, kannten zwei bis drei Generationen von Deutschen Migration nur noch in Form der Gestalt des „Gastarbeiters“ – eines Menschen, der nicht ins Land gebeten wurde, sondern in die Fabrik. Nach getaner Arbeit sollte er wieder nach Hause. Das tat er bekanntlich nicht.

Über das globale Migrationsgeschehen gibt es eine Zahl: 232 Millionen Menschen waren im Jahr 2013 nach einer Schätzung der Vereinten Nationen Migranten. Darunter werden Menschen verstanden, die in einem Land leben, in dem sie nicht geboren wurden. Im Vergleich zur

Weltbevölkerung insgesamt – 7,2 Milliarden Menschen – ist das gar keine so große Zahl. Der Anteil der Migranten liegt bei etwas mehr als drei Prozent. Der weit überwiegende Teil der Menschheit verbringt sein ganzes Leben in seiner Heimat, nicht selten sogar immer am selben Ort.

Zum Gesamtbild gehört auch die Erkenntnis, dass Migration nicht nur von Süd nach Nord stattfindet. Besonders durch die Fernsichtbilder vom Mittelmeer entsteht oft der Eindruck, ganz Afrika und Asien seien auf dem Weg ins wohlhabende und sichere Europa. Tatsächlich haben Studien ergeben, dass etwa vierzig Prozent der weltweiten Migration von den armen in reiche Länder verläuft. Gut ein Drittel findet zwischen Ländern des Südens statt, etwas mehr als ein Fünftel verläuft von Nord nach Nord. Deutsche haben daran einen großen Anteil, was hierzulande wenigen bekannt ist. Nach einer Untersuchung der Internationalen Organisation für Migration leben 1,3 Millionen deutsche Auswanderer in den Vereinigten Staaten, womit sie den größten „Migrationskorridor“ unter den entwickelten Ländern geschaffen haben. Auch bei der Einwanderung nach Deutschland spielt die Migration aus entwickelten Ländern eine große Rolle. Über Jahre hinweg kamen die weit aus meisten Menschen, die nach Deutschland einwanderten, im Rahmen der europäischen Freizügigkeit aus anderen EU-Staaten.

Die Gruppe der Kriegs- und Konfliktflüchtlinge ist kleiner. Auch hierzu gibt es eine globale Zahl: Ende 2014 waren nach einer Zählung des UN-Flüchtlingshilfswerks 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Allerdings waren davon 38 Millionen sogenannte Binnenvertriebene, also Menschen, die nicht ins Ausland fliehen, sondern im eigenen Land Schutz suchen. Damit bleiben 22 Millionen, die von ihrer Not (welcher Art auch immer) über die Landesgrenzen hinausgetrieben werden. Das wäre etwa ein Zehntel der weltweiten Migranten. Soweit diese Zahlen zuverlässig sind, sind sie ein Beleg dafür, dass legale, gesteuerte Formen der Einwanderung den weitaus größten Teil der globalen Migration ausmachen.

Was für die Migration insgesamt gilt, trifft auch auf Flüchtlinge im Besonderen zu: Viele bleiben im Süden, nur ein Teil zieht in den Norden. Die meisten Flüchtlinge stammen aus jenem Dutzend Krisenländern in Arabien, Asien und Afrika, die seit Jahren instabil sind. Zum Jahresende 2014 entfielen etwas mehr als die Hälfte auf nur drei Länder: Syrien (3,9 Millionen Flüchtlinge), Afghanistan (2,6 Millionen) und Somalia (1,1 Millionen). Wie so oft im Fall von Kriegen gehen Flüchtlinge erst einmal in ihre Nachbarländer. Die Türkei war im vergangenen Jahr das Land mit der größten Flüchtlingspopulation der Welt, sie beherbergte 1,6 Millionen Menschen, fast alle Syrer. Es



Soldaten der Nato-Friedenstruppe KFOR im Kosovo Foto AFP



2008, Berlin: Merkel und Steinbrück garantieren alle Spareinlagen. Foto dpa

folgten Pakistan (hauptsächlich afghanische Flüchtlinge), der Libanon (Syrier), Iran (Afghanen) und Äthiopien (Südsudaner, Somalier, Eritreer). Unter den zehn größten Aufnahmeländern der Welt war 2014 kein einziger westlicher Staat. Die stark gestiegenen Asylbewerberzahlen in Deutschland sind allerdings ein Hinweis darauf, dass sich das offenbar zu ändern beginnt. Daraus könnte ein sich selbst verstärkender Trend werden. Wenn es immer mehr Flüchtlinge nach Europa schaffen dürfte das andere dazu ermutigen, ihnen zu folgen.

Von welchen Entwicklungen das Bild in der EU geprägt wird, dürfte allgemein bekannt sein: Es gibt hier zum einen das Sonderphänomen Balkan, das mit klassischer Flucht wegen Krieg und Vertreibung nichts zu tun hat; und zum anderen besteht eine massive Häufung der Asylbewerber in Deutschland und einigen wenigen anderen Staaten wie Schweden oder Österreich. In Deutschland regt man sich nicht zu Unrecht über den nationalen Egoismus auf, mit dem viele europäische Regierungen dem Problem begegnen. Allerdings sollte man auch nüchtern analysieren, warum gerade unser Land so viele Asylsuchende anzieht. Das dürfte unter anderem an der im Vergleich zu anderen EU-Staaten großzügigen Handhabung des Asylrechts liegen.

Die deutsche Debatte über Migration wird erstaunlich stark von zwei extremen Positionen beherrscht: Die einen trauen dem Land alles zu, die anderen gar nichts. Vor allem auf der Linken ist weiterhin die Vorstellung verbreitet, dass Deutschland im Prinzip jeden aufnehmen sollte, der kommen will; die multikulturelle Gesellschaft gilt als Ideal. In etwas utilitaristischer Form sagen das auch Teile der Wirtschaft, die ihren Arbeitskräftebedarf im Inland nicht mehr decken können.

Diese Position unterschätzt allerdings die wirtschaftlichen und kulturellen Anpassungsschwierigkeiten, die mit Migration einhergehen. Man findet Spuren davon in der Statistik: Selbst im Wirtschaftswunderland Deutschland ist die Arbeitslosigkeit von Ausländern zweieinhalbmal so hoch wie die von Deutschen; in der Kriminalitätsstatistik liegt der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen ebenfalls zweieinhalbmal so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat kürzlich darauf hingewiesen, dass ein Drittel der im Ausland geborenen Jugendlichen Deutsch nur schlecht lesen und schreiben kann. Das sind Hinweise auf ernste Integrationsprobleme.

Die Gegenposition im politischen Diskurs lautet, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei oder sein wolle. Sie wurde lange von der Union vertreten, hat mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit aber nicht mehr viel zu tun. Im Jahr 2014 hatten in Deutschland 20 Prozent der

Einwohner einen Migrationshintergrund. Das heißt zwar, dass Deutsche ohne ausländische Wurzeln immer noch den weitaus größten Teil der Bevölkerung stellen. Wenn aber jeder Fünfte einen familiären Bezug zu einem anderen Land hat, dann hat faktisch schon viel Einwanderung stattgefunden.

Das Land ist damit besser zurechtgekommen, als viele Skeptiker erwartet hatten. Die deutsche Gesellschaft hat schon in der Vergangenheit eine große Integrationskraft bewiesen, wie etwa die geglückte Aufnahme polnischer Arbeiter im Ruhrgebiet oder von Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt hat. In Großstädten wie Frankfurt, in denen ein Viertel der Einwohner eine ausländische Staatsangehörigkeit hat, verläuft das Zusammenleben im Alltag in der Regel ohne größere Probleme. Vermutlich kommt Deutschland hier zugute, dass es einige Fehler anderer europäischer Länder vermieden hat. Man hat Migranten nicht in isolierten Vorstädten konzentriert wie in Frankreich. Sie wurden auch nicht einem relativ rigiden Klassensystem überlassen wie in Großbritannien. Viele deutsche Institutionen, von der Schule über die Lehre bis zum Verein, können Integration befördern.

Trotzdem wird auch Deutschland nicht über Jahre hinweg eine ungeordnete Masseneinwanderung über das Asylsystem verkraften können. Zuzüge im Umfang mehrerer Großstädte werden die öffentlichen Haushalte und den Wohnungsmarkt auf Dauer spürbar belasten. Hinzu kommen politische und kulturelle Spannungen, die heute auch in klassischen Einwanderungsländern auftreten. Die jüngsten Bewegungen auf der Rechten, von der AfD bis Pegida, zeigen, dass nicht zuletzt in Ostdeutschland die Akzeptanz der Bevölkerung für steigende Einwandererzahlen gering ist. Man sollte nicht darauf vertrauen, dass rechtspopulistische Politiker weiter so ungeschickt agieren wie bisher.

In einer Welt, die von Migration geprägt ist, muss die Politik deshalb versuchen, diese besser zu steuern. Der moderne Staat hat dafür Instrumente geschaffen, die es früher nicht gab, zumindest nicht in ihrer hochdifferenzierten Form: Grenzsicherung, Einreisebestimmungen, Aufenthaltsregelungen sowie die Mittel der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, mit denen direkt auf die Herkunfts- und Transitländer Einfluss genommen werden kann. Damit lässt sich nicht jede Wanderungsbewegung lenken, aber doch einiges erreichen. Wie diese Instrumente besser eingesetzt werden können, sollte Gegenstand einer ehrlichen politischen Debatte werden – in Deutschland wie in der EU.

Nikolas Busse ist leitender Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.



2008, Kabul: Bundeswehrosoldat der ISAF. Foto Daniel Pilar



2012, Frankfurt: EZB-Chef Draghi. Foto Jonas Wresch

DIE GELASSENE NATION

Die meisten Deutschen machen sich zwar Sorgen, ob ihr Land die neuen Flüchtlinge verkraftet. Von einer breiten Feindseligkeit gegen Ausländer aber kann keine Rede sein. VON RENATE KÖCHER

In Deutschland misstraut man der eigenen Bevölkerung schnell. Einige Monate lang erleben die Pegida-Demonstrationen Zulauf, die AfD verzeichnet regionale Erfolge, und es kommt zu Anschlägen militanter Gruppen auf Asylbewerberunterkünfte – und schon hört man den Generalverdacht, es gebe in Deutschland eine epidemisch um sich greifende Ausländerfeindlichkeit. Die kontinuierlich durchgeführten repräsentativen Umfragen vermitteln ein völlig anderes Bild. Tatsächlich gibt es in Europa nur sehr wenige andere Länder, die auf Zuwanderung und den Zustrom an Flüchtlingen zurzeit derart gelassen und mit einer vergleichbaren Hilfsbereitschaft reagieren, wie das in Deutschland der Fall ist.

Das gilt nicht nur für die Regierung und sämtliche im Parlament vertretenen Parteien, sondern auch für die Bevölkerung. Siebzig Prozent davon befürworten grundsätzlich die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland; dabei gibt es allerdings gravierende Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern: 74 Prozent der westdeutschen, 53 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung unterstützen grundsätzlich die Aufnahme von Flüchtlingen; 13 Prozent der Westdeutschen, 29 Prozent der Ostdeutschen äußern sich grundsätzlich ablehnend.

Knapp jeder Dritte plädiert allerdings dafür, möglichst wenig Flüchtlinge aufzunehmen, während sich 37 Prozent dafür aussprechen, so viele aufzunehmen, wie sich nur unterbringen und versorgen lassen. Dieser letzte Anteil ist interessanterweise in den letzten Monaten, in denen sich die Probleme in vielen Kommunen zugespitzt haben, nicht ge-

sunken, sondern angestiegen. Vor vier Monaten plädierten erst 31 Prozent dafür, so viele Flüchtlinge aufzunehmen wie nur möglich. Allerdings wachsen angesichts der Probleme in vielen Kommunen Zweifel in der Bevölkerung, ob Deutschlands Aufnahmekapazitäten nicht allmählich erschöpft sind. Mittlerweile berichten 76 Prozent der Bürger, dass in ihrer Region Flüchtlinge untergebracht sind; in 38 Prozent der Fälle macht die Unterbringung größere Probleme.

Der rasche Anstieg der Flüchtlingszahlen stimmt die Bevölkerung besorgt, und viel wird davon abhängen, ob die Politik auf allen Ebenen erfolgreich Maßnahmen ergreift, um die Probleme zu beherrschen. Diese Besorgnis ist jedoch etwas völlig anderes als eine wachsende Ausländerfeindlichkeit und Radikalisierung. Dass hier in der öffentlichen Diskussion zu wenig differenziert wird, ist schädlich. Die große Mehrheit macht sich Sorgen, bekundet aber gleichzeitig Verständnis für die Notlage derjenigen, die aus Kriegs- und Krisengebieten fliehen. Die Mehrheit hält sogar mehr Kriterien für die Gewährung von Asyl für begründet, als es der Rechtslage entspricht.

Der Widerstand gegen die Einrichtung von Wohnheimen für Asylbewerber ist heute signifikant geringer als Anfang der neunziger Jahre, als Deutschland ebenfalls mit einer großen Flüchtlingswelle konfrontiert war. Damals tendierten 37 Prozent der Bürger dazu, Unterschriftenaktionen gegen solche Wohnheime in ihrer Gemeinde zu unterstützen; heute sind es 23 Prozent. Die Mehrheit, 58 Prozent, schließt dies für sich kategorisch aus. Gegenläufig ist die Bereitschaft gestiegen, sich für Wohnheime zu engagieren.

Auch abseits der Flüchtlingsproblematik haben sich die Einstellungen zur Zuwanderung verändert. Die Überzeugung, dass Deutschland von Zuwanderung profitiert und sie angesichts der demographischen Entwicklung und der robusten Verfassung des deutschen Arbeitsmarktes auch braucht, ist über die vergangenen zehn oder zwölf Jahre hinweg kontinuierlich gestiegen. Die vor der Flüchtlingswelle stark gestiegene Zuwanderung nach Deutschland, vorwiegend aus Ländern der EU mit einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage, ist von der Mehrheit zwar durchaus zur Kenntnis genommen worden, hat aber nicht einmal ansatzweise zu verstärkten Ressentiments geführt.

Inmitten einer Phase starker Zuwanderung und rasch steigender Flüchtlingszahlen sind die Pegida-Demonstrationen abgeflaut und ist der Rückhalt für Parteien gesunken, die jeglicher Zuwanderung kritisch gegenüberstehen. Die AfD notiert seit ihren internen Querelen unter fünf Prozent. Der Rückhalt für die Parteien der großen Koalition ist dagegen vollkommen stabil. Bei einem politischen Kurs, der sich der



2011, Hannover: Merkel-SMS. Foto dpa

2013, Vatikan: Franziskus I. zeigt sich erstmals, die Welt sieht zu. Foto AP

Flüchtlingsproblematik weitaus mehr und offener stellt, als dies für die meisten anderen Regierungen Europas gilt, wäre dieser stabile Rückhalt kaum möglich, wenn die Mehrheit der Bürger eine radikal andere Position bezöge.

Die Gelassenheit der großen Mehrheit zeigt sich auch in den Einstellungen zu Europa. Europa und insbesondere die Währungsunion begegnen den Bürgern in der täglichen Nachrichtenlage seit der Eskalation in Griechenland 2011 permanent als Problem- und Krisenzone. Auch nach der vorläufigen Beruhigung der Situation glaubt nur jeder dritte Bürger, dass es gelingen wird, die griechischen Probleme wirklich in den Griff zu bekommen. Die Mehrheit sieht die fortgesetzten Hilfen für Griechenland kritisch und bezweifelt, ob es richtig ist, alles zu tun, um Griechenland in der Eurozone zu halten. Dieser offenkundige Dissens mit dem Kurs der großen Koalition hat jedoch den Rückhalt für Regierung und Kanzlerin nicht angegriffen und auch die Grundhaltung der Bevölkerung zu Europa nicht nennenswert verändert.

Drei Viertel der deutschen Bevölkerung stehen der europäischen Integration grundsätzlich positiv gegenüber. Die Europäische Union hat in den Augen der Mehrheit zwar viele Schwächen, insbesondere ein Übermaß an Bürokratie, Verschwendung und Regulierungswut. Gleichzeitig sieht die große Mehrheit die EU jedoch als Garanten des Friedens, als notwendigen Zusammenschluss, um sich gegen Länder wie Amerika und China zu behaupten, und als großen Wirtschaftsraum mit erheblichen Chancen für die nationalen Volkswirtschaften. Auch die Mitgliedschaft in der Eurozone wird immer weniger in Frage gestellt. Die Bevölkerung hat zwar nur schwer Abschied von der nationalen Währung genommen; eine Währung ist aber auch eine Frage der Gewöhnung, und der Anteil der Bürger, die eine Rückkehr zur D-Mark wünschen, macht seit längerem eine Minderheit aus, die kontinuierlich kleiner wird.

Zwar ist die EU und besonders die Währungsunion in erster Linie ein Elitenprojekt. Umfragen unter Führungskräften aus Wirtschaft und Politik zeigen regelmäßig einen breiten Konsens darüber, dass die Zukunft Deutschlands im Verbund mit den anderen europäischen Staaten liegt. Die Eliten sprechen sich auch mit überwältigender Mehrheit für die Weiterentwicklung der EU und Etablierung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik aus; dieses Ziel wird von weiten Kreisen der Bevölkerung mit Skepsis gesehen. Die Bürger werden jedoch auch diesen Schritt tolerieren – solange sie nicht den Eindruck gewinnen, dass ihnen daraus unmittelbar direkte und spürbare Nachteile erwachsen.

Ein wesentlicher Grund für die Gelassenheit der großen Mehrheit liegt in der nun seit zehn Jahren andauernden Prosperitätsphase, die im-

mer mehr Breitenwirkung entfaltet. Vor zehn Jahren stand die Bevölkerung ganz unter dem Eindruck der mehrjährigen Wachstumsschwäche, hoher Arbeitslosigkeit und der staatlichen Reformen, die Einschnitte in das soziale Netz mit sich brachten und weit über diese Eingriffe hinaus zur Verunsicherung führten, wie verlässlich staatliche Sicherheitsgarantien noch sind. Viele waren damals überzeugt, dass Deutschland seinen Zenit überschritten habe und in zehn Jahren wirtschaftlich noch schwächer sein würde. Zu diesem Zeitpunkt stand die Bevölkerung auch jeglicher Zuwanderung wesentlich ablehnender gegenüber.

Heute schätzt die große Mehrheit der Erwerbstätigen das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland positiv ein. Die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bewegen sich auf einem Tiefpunkt, und die niedrigere Arbeitslosigkeit und höheren Tarifabschlüsse führen dazu, dass die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Wirtschaftliche Risiken spielen heute in den Befürchtungen der Bürger eine ungleich geringere Rolle als noch vor wenigen Jahren. So stuften noch vor sechs Jahren 75 Prozent einen möglichen Anstieg der Arbeitslosigkeit als großes Risiko für Deutschland ein, jetzt nur noch 25 Prozent. Und die Sorgen, dass der Staat mit Reformen seine Sicherheitsgarantien beschneiden könnte, waren in den letzten zwei Jahrzehnten noch nie so gering wie heute.

Die machtvollen ökonomischen Trends wie insbesondere die Globalisierung werden zwar auch in der gegenwärtigen Prosperitätsphase teilweise mit Unbehagen verfolgt. Die überwältigende Mehrheit der Bürger weiß, dass sich die Wirtschaft unter dem Einfluss der Globalisierung gravierend verändert. Weitaus mehr als andere europäische Staaten sehen die Deutschen Globalisierung jedoch nicht nur als Quelle von Risiken, sondern auch als Chance – gerade auch für die Unternehmen.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Krisenherde wird den Bürgern noch mehr bewusst, dass sie zurzeit in einem ökonomisch und politisch besonders stabilen Land leben, das seinen Bürgern eine hohe Lebensqualität bietet. Neunzig Prozent stufen die Lebensqualität in Deutschland als hoch ein. Die Zukunftsperspektiven der jungen Generation sieht die überwältigende Mehrheit positiv. Deutschland gilt bei den Bürgern auch als Land, dessen Lebensqualität, robuster Arbeitsmarkt und Stabilität nach außen ausstrahlt und es für Zuwanderer attraktiv macht. Diese politische und ökonomische Stabilität ist der wesentliche Grund für die bemerkenswerte Gelassenheit der Bürger.

Prof. Dr. Renate Köcher ist Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach.



2013, Enniskillen: Familienfoto der G 8, damals noch mit Putin Foto Getty



2014, Kiew: Unruhen mit Priestern Foto AP

DIE KOALITIONEN DER ANGST

Wenn Dienstleistungsproletarier und prekär Wohlhabende sich in einem diffusen Misstrauen gegen das System verbünden, wird es brenzlich im Land. VON HEINZ BUDE

Wer in Deutschland kann nicht glauben, dass es uns im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, Belgien oder Finnland unglaublich gutgeht? Wer kann nicht mehr hören, dass Jahr für Jahr wertvolle neue Arbeitsplätze geschaffen werden, dass der deutsche Mittelstand als Ausstatter der Weltwirtschaft zu den großen Gewinnern der Globalisierung gehört und dass wir ein politisches System haben, in dem im Zweifelsfall das Allgemeininteresse wichtiger genommen wird als die Partialinteressen der konkurrierenden gesellschaftlichen Großgruppen? Wer ist der Auffassung, dass von den Problemen, die einem das Leben Tag für Tag schwermachen, in der Presse und in der Politik keine Rede ist?

Das sind zuerst Angehörige eines Dienstleistungsproletariats, das in den letzten zwei Jahrzehnten in Deutschland entstanden ist. Das sind die Leute, die einem die Pakete ins Haus bringen, die die Gebäude reinigen, die im ICE mit dem blauen Plastiksack unterwegs sind, die bei den Discountern diesen Moment an der Kasse sitzen, im nächsten die Regale auffüllen und zum Schluss den Laden schließen, und nicht zuletzt diejenigen, die die Pflege der hochbetagten Familienangehörigen übernehmen. Man nennt, was sie tun, „einfache Dienstleistung“. Das macht einen Anteil von 12 bis 15 Prozent der Beschäftigten in der deutschen Volkswirtschaft aus. Sie besitzen in der Regel ein unbefristetes und vollzeitiges Normalarbeitsverhältnis, aber kommen bei 40 bis 50 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit auf ein monatliches Nettoeinkommen von lediglich 900 bis 1100 Euro. Damit kann man in Hamburg, Leipzig oder

München, aber auch in Ingolstadt, Ratingen oder Potsdam nicht leben und nicht sterben.

Im Vergleich zum Industrieproletariat, das wir aus der ersten Moderne der rauchenden Schloten und ratternden Maschinen kennen, aus dem die Parteien der Arbeiterbewegung, die Industriegewerkschaften und die arbeiterliche Volkskultur des Fußballs und der Eckkneipen hervorgegangen ist, ist dieses Dienstleistungsproletariat weiblicher, multiethnischer und qualifikatorisch gestreuter. In der Putzkolonne findet sich neben Jennifer aus Marzahn ohne Schulabschluss Milva aus Moldawien, die in ihrem früheren Leben Staatsanwältin war.

Für diese Proletariat der Dienstleistung existiert keine geschichtliche Mission wie in der alten Arbeiterbewegung. Kein Marx, kein August Bebel, keine Rosa Luxemburg nirgends, mit denen man glauben konnte, dass irgendwann die Letzten die Ersten sein werden. Das hängt vor allem mit dem gänzlichen Fehlen von Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zusammen. Als Putzerin, Transporter oder Zustellerin bleibt man immer auf derselben Stufe, auf der man angefangen hat. Vorankommen kann man durch den Erwerb von Zusatzqualifikationen allein in der Pflege. Mit einem nachgemachten Fachhochschulabschluss kann man die Berechtigung erwerben, mit dem ärztlichen Personal an einem Tisch zu sitzen. Ansonsten sind die Aussichten so, dass man nach zwanzig Jahren Pakettragen, Personenheben oder Bödenwischen körperlich am Ende ist. Die Rentenanwartschaft liegt dann nicht über der Grundversicherung im Alter, die einem auf Antrag gesetzlich zusteht.

Diesem Personenkreis ist recht gleichgültig, was die SPD beim Mindestlohn oder was der soziale Flügel der CDU beim Schonvermögen herausgeholt hat. Am Ende muss man die paar Euro mehr mit einer Steigerung der Arbeitsbelastung bezahlen. Das Hotelzimmer muss in fünf statt in sieben Minuten in einen ansprechenden Zustand gebracht werden.

Stolz macht einen das Bewusstsein, dass man sein Geld im Prinzip trotz regelmäßiger Aufstockung selbst verdient. Deshalb kann man die „Hartzer“, die mit leistungslosen Transfereinkommen jonglieren, nicht sonderlich leiden. Politik für die Schwachen und Armen scheint aus der Sicht der Dienstleistungsproletarier in erster Linie jenen zugutezukommen, die kein Problem damit haben, vom Amt abhängig zu sein und sich als staatsabhängiges Prekariat betrachten zu lassen.

Die Belange dieser neuen Klasse unserer erweiterten Serviceökonomie kommen in den Erzählungen von starker Wirtschaft, robusten Arbeitsmärkten und einem funktionierenden Sozialstaat nicht vor. Aus diesem Grund schauen die Leute vom Dienstleistungsproletariat mit einem stillen Argwohn auf die Masse der Flüchtlinge, die gerade ins Land



2014, Kiew: Unruhen mit Tränengas Foto AFP



2014, Raqqa: Die Welt macht Bekanntschaft mit dem „Islamischen Staat“. Foto AP

kommen. Denn das sind alles potentielle Konkurrenten, die trotz steigenden Bedarfs an Beschäftigten in den Branchen der einfachen Dienstleistung als Reservearmee einsetzbar sind. Die können natürlich nichts dafür, aber das Gesetz der sozialen Zeit besagt: Privilegiert sind die, die zuerst da waren, und erst dann kommen die an die Reihe, die später gekommen sind.

Ein anderer, für die Stimmung im Lande vielleicht noch entscheidender Brennpunkt der sozialen Kohäsion liegt in der Mitte unserer Gesellschaft. Hier geht es um eine Gruppe von Personen, die hoch gebildet sind, relativ gute Berufspositionen bekleiden und mittlere Einkommen beziehen, aber von dem Gefühl beherrscht sind, dass sie durch Umstände, die sie nicht beeinflussen konnten, unter ihren Möglichkeiten geblieben sind. Die erregen sich über die Gentrifizierung der inneren Stadtbezirke, die zur Vertreibung der angestammten Bevölkerung aus der nivellierten Mittelklasse führt. Sie geraten in Rage über die Einkommen unverantwortlicher Banker, windiger Unternehmensberater und in die Wirtschaft wechselnder Politiker. Sie halten sich selbst für leistungsfähig, kompetenzstark und gut informiert, führen allerdings Beschwerde über eine respektlose Personalpolitik in den Unternehmen und zeigen sich empört über den deregulierten Pumpkapitalismus.

Wir haben es mit einer Gruppe zu tun, die es erlebt hat, wie man trotz guter Bildungsvoraussetzungen und hoher Leistungsbereitschaft die Position vergleichbarer anderer nicht erreicht. Vielleicht weil sie nicht über die alerte Ironie in der Selbstdarstellung verfügen oder weil sie auf den Winner-take-all-Märkten von Sportmedizinern, Webdesignern oder Gartenarchitekten auf der Strecke geblieben sind.

Bei Befragungen bilden diese Verbitterten aus der deutschen Mittelklasse eine Gruppe von gut 10 Prozent. Sie geben auf Nachfrage oftmals eine Situation „prekären Wohlstands“ an, wo aufgrund erheblicher Bildungsinvestitionen für die Kinder spürbare Abstriche bei den Mitteln für die eigene Lebensführung zu machen sind. Der BMW, der Eames Lounge Chair und die Fotosafari nach Namibia, die vergleichbare andere sich leisten können, sind bei ihnen einfach nicht drin.

An denen zeigt sich, wie sich unmerklich, aber unaufhörlich ein Spalt zwischen einem oberen und einem unteren Teil der sozialen Mitte in Deutschland auftut. Das passiert innerhalb des Blocks, der als Ganzes in Deutschland trotz notorisch berichteter Befunde über das Abschmelzen der gesellschaftlichen Mitte ziemlich stabil ist. Der Industriemeister, der mit einem mittleren Schulabschluss bei Audi Karriere gemacht hat, gehört zu den Etablierten, die Solounternehmerin aus dem Coachinggewerbe zu den Prekären. Man muss auf der Hut sein, weil auf

den sukzessiven Statuswerb im Lebenslauf in der Regel kein Verlass mehr ist. Durch unvorhersehbare Lebensereignisse wie eine Trennung oder eine Überschuldung ist man mit einem Mal von der oberen in die untere Mitte abgerutscht.

In diesem Gefühl, sich auf einem glitschigen Boden zu bewegen, können sich ganz schnell Koalitionen der Angst bilden, die quer durch die Gesellschaft laufen. Man attackiert zuerst Politiker, von denen angenommen wird, dass sie sich den Staat als Beute genommen und nichts anderes im Sinn haben, als wiedergewählt zu werden; dann spießt man Journalisten auf, denen unterstellt wird, dass sie heimlich auf der Gehaltsrolle von Lobbyisten und Werbepersonal stehen; und schließlich läuft man rot an, wenn Repräsentanten von Verbänden auf dem Bildschirm erscheinen, die immer nur die erwartbaren Erklärungen abgeben. Dieses ganze Personal der Öffentlichkeitserzeugung kann zu einem System der Wirklichkeitsverweigerung zusammengefasst werden, in dem niemand mehr den Mut aufbringt, die Dinge beim Namen zu nennen.

So wird diffuses Systemvertrauen, das besagt, dass bei aller Kritik im Einzelnen im Grunde alles in Ordnung ist, durch ein ebenso diffuses Systemmisstrauen ersetzt, das trotz positiver Nachrichten über die Rückkehr des sozialen Wohnungsbaus oder den Aufbau einer europäischen Bankenaufsicht immer nur die Bestätigung für den Eindruck sucht, dass nichts in Ordnung ist. Kommuniziertes Misstrauen kann dann zu einer Ressource von spontanen Vergemeinschaftungen werden, bei denen man öffentlich seiner Gereiztheit, seiner Verdrießlichkeit und seiner Enttäuschtheit Ausdruck verschafft.

Brenzlich kann die Situation dann werden, wenn es zu einem Kurzschluss zwischen den beiden Brennpunkten des sozialen Bruchs kommt: wenn die Ignorierten aus dem Dienstleistungsproletariat sich mit den Verbitterten aus der gesellschaftlichen Mitte im Blick auf einen Sündenbock verbünden, den man dafür verantwortlich machen kann, dass alles so schief läuft. Das bereitet die Bühne für den Auftritt des autoritären Rebellen, der seinem Publikum vermittelt, dass niemand sonst es versteht. Themen, für die Appellwörter wie „Wirtschaftsflüchtling“, „Wohnungseinbrüche“ und „Sozialbetrüger“ stehen, bilden das Register des europäischen Rechtspopulismus. Wenn dann eine Figur kommt, die sagt, ich lasse mich nicht belügen, ich lasse mir den Mund nicht verbieten, und ich weiß, was ich weiß, dann ist eine Politik gefordert, die keine Angst vor den Ängsten der Leute hat.

Prof. Dr. Heinz Bude ist Professor für Soziologie an der Universität Kassel.



2014, Leningrad: Putin besucht ein Manöver. Foto Reuters



2012, Frankfurt: Passagiere am Flughafen warten; Verdi-Mitglieder demonstrieren. Foto Reuters

ELSE KLING WOHNT HIER NICHT MEHR

Wie kann in Deutschlands Städten mit ihren zersplitterten Milieus noch Politik gelingen? Das Beispiel Mannheim. VON RÜDIGER SOLDT

Die Sommerhitze lässt vom Asphalt der Mannheimer Gartenfeldstraße nicht die besten Gerüche aufsteigen. Die Straßenkneipe „Helga's Zapfhahn“ hat noch geschlossen. Arbeitslose führen ihre Hunde aus und beseitigen den Dreck nur widerwillig. Ein paar offenbar arabischstämmige Halbstarke spielen auf Parkbänken, die im Schatten liegen, mit ihren Smartphones. Die Gartenfeldstraße und die nicht weit entfernte Paul-Gerhardt-Kirche liegen im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt West. Ein Quartier, das gern Problembezirk genannt wird und in dem sich viele Schwierigkeiten zeigen, die mittelgroße Städte in Deutschland und Europa heute haben – eine Migrationsquote von gut sechzig Prozent, eine hohe Einwohnerdichte. In der Neckarstadt West leben 21 000 Menschen auf gerade mal 1,1 Quadratkilometern. Hohe Arbeitslosigkeit. Öffentliche Verwahrlosung. Auflösung herkömmlicher lokaler Gemeinschaften. Aufsplitterung in viele kleine Milieus – die Transformation eines ehemaligen Arbeiterquartiers in ein multiethnisches Einwandererquartier hat viel sozialen Zusammenhalt zerstört. Ihn neu zu schaffen ist eine Sisypusarbeit für Quartiermanager und Sozialarbeiter.

Gabriel Höfle ist eigentlich Wirtschaftsingenieur, 2007 wurde er Quartiermanager in der Neckarstadt West. Er lebt in diesem Stadtteil, sein Büro ist im Alten Volksbad, in dem auch ein paar Unternehmen der Kreativbranche angesiedelt wurden. Wenn Höfle durch sein Quartier geht, erkennt er schnell, wo Neues entsteht und wo sich Probleme auf türmen. In einigen Straßen haben sich ein paar Hipster-Modeläden angesiedelt, sie sind noch Solitäre in ziemlich trostlosen Straßenzügen. „Der Solidargedanke lag hier lange brach, die Anonymität im öffentli-

chen Raum ist auch heute noch ausgeprägt“, sagt Höfle. „Wir brauchen hier keine Else Kling, aber Identifikation mit dem Quartier.“

Die Sozial- und Vereinsstruktur der Neckarstadt West ist heute eine komplett andere als vor zwanzig Jahren. Der Bürgerverein organisiert erstmals seit Jahren kein Stadtteilstück mehr, der Gewerbeverein hat sich sogar aufgelöst. Alteingesessene Geschäfte sind von Döner-Restaurants oder von Läden mit türkischen Haushaltswaren verdrängt worden. Die Fluktuation ist sehr hoch, bei etwa 21 000 Einwohnern wandern jedes Jahr etwa 4500 ab und kommen ähnlich viele neue hinzu. Der Anteil ausländischer Einwohner in der Neckarstadt West ist seit 2006 noch einmal um zwanzig Prozent gestiegen. Seit 2013 hat die Zuwanderung von Armutsflüchtlings aus Rumänien und Bulgarien die Lage zeitweise so verschärft, dass sich sogar der Bundespräsident und die Ausländerbeauftragte aus dem Kanzleramt einfliegen ließen.

Fast sechzig Prozent der Neckarstadt-West-Bewohner werden von Milieutheoretikern als Hedonisten beschrieben. „Es gibt hier außerdem Benachteiligte, Experimentalisten und viele in religiösen Milieus verwurzelte Bürger“, erläutert Höfle. „Das ist eine bunte Mischung, aber alle haben eines gemeinsam: Sie sind für die klassische Politik schwer zu erreichen.“ Parteien, Vereine, Bezirksbeiräte spielen im Prinzip keine Rolle mehr außer für die Vorsitzenden und Amtsinhaber selbst. Früher waren achtzig Prozent der Jugendlichen in einem Verein, heute sind es bestenfalls vierzig Prozent. Es fehlt in der Neckarstadt West immer noch ein Gymnasium. Neu entstehen nur kleine Vereine, die zumeist Partikularinteressen durchsetzen wollen: von Zugezogenen, die ihr Gemüse beim Biobauern aus dem Umland kaufen wollen; oder Vereine von Einwanderern zur Pflege ihrer importierten Kultur.

In der Nachkriegszeit wurde Mannheim über Jahrzehnte vorwiegend sozialdemokratisch regiert. Ein Oberbürgermeister hatte schon viel gewonnen, wenn er eine Gewerkschaftsversammlung bei den Motoren Werken Mannheim absolvierte, die in der Neckarstadt West früher ihren Firmensitz hatten. Wenn er dann noch bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung der Caritas vorbeischaute, hatte er die wichtigsten Multiplikatoren für Arbeiterschaft und Bürgertum erreicht. Damit ist es heute nicht getan. Wie zäh Politikvermittlung in multiethnischen und multireligiösen Stadtteilen sein kann, zeigte sich erst im Juli bei der Oberbürgermeisterwahl. In den Innenstadtvierteln Jungbusch und Neckarstadt West – beide haben einen hohen Anteil an Einwanderern und Studenten – lag die Wahlbeteiligung bei 18,1 beziehungsweise 14,1 Prozent. Viele Bürger wussten noch nicht einmal, dass es einen zweiten Wahlgang gab.



2014, Berlin: Jubel auf der Fan-Meile Foto Stefan Boness



2014, Donezk: Wer schoss MH17 ab? Foto Reuters

Mannheim hat fast 181 000 Einwohner ohne Migrationshintergrund (58 Prozent) und 131 000 Bürger mit Migrationshintergrund (42 Prozent). Von Letzteren hat fast die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit; trotzdem gibt es augenscheinlich keine deutsche Mehrheitsgesellschaft mehr. Auf die Prägekraft einer deutschen Oberschicht kann sich hier kein Politiker mehr verlassen, gemeinsame Werte müssen erst wieder gefunden und zusammen mit Vertretern aus unterschiedlichen Einwanderermilieus formuliert werden. Das ist ein mühsames Geschäft in einer Stadt, in der es schon mal zu Schlägereien oder Schießereien türkischer Gangs kommt. Zur Entwicklung einer Stadtidentität soll der „Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie“ beitragen. Doch ein Papier mit Absichtserklärungen schafft noch kein neues Stadtbewusstsein.

Der Sozialdemokrat Peter Kurz (SPD) ist im Juli zum zweiten Mal für acht Jahre zum Oberbürgermeister gewählt worden. Nach einem anstrengenden Wahlkampf sitzt er erschöpft in seinem Amtszimmer im Rathaus. Als er ins Amt kam, verordnete er der Stadt einen Transformationsprozess. Aber die Stadtgesellschaft stellte sich als widerborstiger heraus, als Kurz erwartet hatte. Der Gemeinderat ist politisch unübersichtlicher geworden, die NPD und die AfD sind auch vertreten. Wenn Kurz heute von Mannheim redet, spricht er gern von „disruptiven Kräften“. Er meint damit, dass es immer schwieriger wird, in wichtigen politischen Fragen einen Konsens herzustellen, dass es oft Jahre braucht, bis Bürger von einem Projekt oder Vorhaben überzeugt sind, dass auch Bürgerentscheide politischen Streit manchmal nicht mehr befrieden können. Dass sie sogar eher Streit perpetuieren. Die Parteien sind keine Konsensmaschinen mehr, Kurz hat es am Beispiel der Bundesgartenschau erlebt: Eine kleine Gruppe aus Kleingärtnern und Umweltschützern will die Bundesgartenschau 2023 unbedingt verhindern. Auf Initiative des Gemeinderates gab es 2013 einen Bürgerentscheid über das Projekt. Eine knappe Mehrheit stimmte dafür, genau 50,7 Prozent. Aber die Bürgerinitiative akzeptierte das Ergebnis nicht, sie klagte dagegen und macht weiter Stimmung, mittlerweile gibt es nach neueren Meinungsumfragen keine Mehrheit mehr für das Projekt. „Was heute nicht existiert“, sagt Kurz, „ist ein für die Stadt gemeinsamer und repräsentativer Kommunikationsraum. Die Idee des Marktplatzes, auf dem jeder alles mitbekommt, funktioniert nicht mehr.“

Einen Steinwurf vom Rathaus entfernt ist das Büro der Konversions-Geschäftsstelle. Seit 2011 versucht Konrad Hummel, aus ehemaligen Panzerunterständen und Soldatenwohnungen der amerikanischen Streitkräfte neue, urbane Stadtteile zu entwickeln. Insgesamt misst die

Fläche 500 Hektar. Die „Turley Barracks“ sollen eine Art Mannheimer Soho werden. Zu den Problemen mittlerer Großstädte fällt ihm auf Anhieb ein klarer Satz ein: „Der Sozialstaat arbeitet wie ein Hamster. Er gibt immer mehr Geld für immer mehr Gruppen aus, aber das Gefühl von Zusammenhalt nimmt trotzdem immer weiter ab.“

Hummel hat das mitbekommen, weil er für die Gestaltung der ehemaligen Militärflächen viele Bürgerversammlungen und Anhörungen besuchen musste. Er hat dabei erfahren, dass sich junge Menschen stärker für die Wale in Neuseeland interessieren als für die Zukunft ihres Quartiers. Die soziale Kohäsion werde unterspült, die sozialen Umgangsformen unterlägen keiner öffentlichen Kontrolle mehr, meint Hummel. Natürlich existierten auch „Parallelgesellschaften“, aber das sei kein Weltuntergang, man müsse nur begreifen, dass Politik mehr als früher eine „ständige Verhandlungsarbeit“ sei. „Als Politiker“, sagt Hummel, „kann ich mich nicht darauf konzentrieren, nur die Bürger mehr abstimmen zu lassen. Damit stärke ich die Neurotiker. Es ist nicht jede Bürgerinitiative gut, es gibt nicht automatisch den guten Bürger und den bösen Staat.“

„Hello Neckarstadt“ steht auf einer Schiefertafel am Neumarkt. Bis vor einem Jahr war auch dieser zentrale Platz in der Neckarstadt West im Besitz der Obdachlosen und der Hunde. Eine unappetitliche und unwirtliche No-go-Area. Dann hatten Julian Bender, Ricarda Rausch und Ali Badakshan Rad die Idee, aus dem verwanzten Kiosk einen Kulturkiosk zu machen. Sie hatten schon in anderen Stadtteilen leerstehende Räume mit ihrem Verein „Zwischenraum“ wieder zu einer sinnvollen Nutzung geführt. Sie bauten mit Hilfe des Quartiermanagers einen öffentlichen Bücherschrank auf, begannen mit Open-Air-Lesungen und kleinen Konzerten. Sogar eine Shakespeare-Inszenierung gab es kürzlich auf dem Neumarkt. Jetzt trinken viele Neckarstädter im Kioskgarten eine italienische „Limonata“ oder ein Craft Beer. Demnächst soll hier zur Stärkung des Quartiers auch das Stadtarchiv angesiedelt werden. „Emotionale und soziale Stabilisierung“ nennt das der OB. Bis so etwas wie eine Gentrifizierung einsetzt, wird es aber wohl noch Jahre dauern. Wie beschwerlich und äußerst komplex es ist, bis in anonymisierten, multiethnischen und multireligiösen Vierteln wieder selbstbewusste Stadtgesellschaften erwachsen, wird häufig vergessen, wenn über Einwanderung diskutiert wird. Der Kiosk ist ein sehr kleiner Schritt auf einem langen Weg zu einer neuen Stadtgesellschaft.

Rüdiger Soldt ist politischer Korrespondent der F.A.Z. für Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart.



2014, Jerusalem: Franziskus Foto AFP



2014, Donbass: Nach einer „Anti-Terror-Operation“ ukrainischer Truppen Foto Alexander Tetschinski

„WIR KÖNNEN UNS NICHT WEGDUCKEN“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Gespräch: über Zeitenwenden, die deutsche Führungsrolle in Europa, Chancen und Grenzen der Zuwanderung, Putin, Tsipras – und die Niveaulosigkeit im politischen Diskurs.

Herr Minister, allenthalben heißt es, die Welt sei aus den Fugen. Ein Beinahekrieg in der Ukraine. Viele Staaten des Nahen Ostens sind zerfallen. Stehen wir vor einer Zeitenwende, vergleichbar mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion?

Diesen Eindruck kann man bekommen. Es gibt aber einen Unterschied: Beim Zusammenbruch der Sowjetunion waren wir uns darin ganz sicher. Es handelte sich um einen der seltenen Fälle in der Geschichte, in dem wir sofort wussten, jetzt beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte. Gleichwohl: Wenn man sich anschaut, durch was für einen Umbruch die islamische Welt geht, kann man wieder den Eindruck von einer Zeitenwende gewinnen.

Die Welt ist von einer großen Unruhe erfasst. Neue Akteure treten an, alte verschwinden. In solcher Geschwindigkeit hat es das lange nicht mehr gegeben.

Ja, das sehe ich auch so. Oft frage ich mich, ob es hier Bezüge zur Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung gibt, vor allem in der Kommunikationstechnologie. Anfang der neunziger Jahre, was ja noch nicht so lange her ist, war das Internet eine Sache für wenige Spezialisten. Die technologischen Sprünge verändern die Welt. Als Finanzminister, der die internationalen Finanzmärkte zu beachten hat, nehme ich das besonders intensiv wahr. Dies alles führt dazu, dass Probleme viel stärker und viel schneller als früher globalisiert werden. Alles rückt zusammen und beschleunigt sich. Damit werden auch die

Widersprüche schneller für uns spürbar. Auch die Zuwanderungswelle nach Deutschland ist eine Folge. Für uns ist das eine Herausforderung – übrigens auch im Positiven. Die Zuwanderung von Menschen ist eine Chance für unser Land.

Zurzeit suchen Hunderttausende Menschen in Deutschland und in ganz Europa eine neue Bleibe. Sie kommen aus Afrika, Syrien, Staaten des westlichen Balkans. Sehen Sie hinter den unterschiedlichen Motiven etwas Gemeinsames? Handelt es sich in Wirklichkeit um eine klassische Völkerwanderung?

Völkerwanderungen im klassischen Sinne hat es immer gegeben, übrigens auch zum Teil aus ähnlichen Gründen wie heute. Nach 1945 wurden auf dem Gebiet der Bundesrepublik ebenfalls Millionen Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht.

Das waren aber Deutsche.

Das ist wahr, aber die Welt heute ist nun einmal enger zusammengedrückt. Der entscheidende Unterschied zu früher ist, dass wir mit den Unterschieden und Ungleichzeitigkeiten einer vernetzten Welt viel stärker und schneller konfrontiert werden. Da wir Deutsche und Europäer international an der Spitze der Wohlstandspyramide stehen, müssen wir das aushalten.

Sie haben kürzlich gesagt, die Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen seien finanziell für Deutschland verkraftbar. Sind sie auf Dauer verkraftbar? Vor allem; Sind sie politisch verkraftbar?

Ich bin ja zweimal Bundesinnenminister gewesen. Das erste Mal unter Helmut Kohl zu Beginn der neunziger Jahre, auch damals kamen Hunderttausende von Asylbewerbern nach Deutschland. Wir haben das Grundgesetz geändert. Die Herausforderung wurde bewältigt. In meiner zweiten Amtszeit als Innenminister habe ich 2005 die Islam-Konferenz ins Leben gerufen. Ich habe schon damals gesagt, der Islam ist ein Teil unseres Landes. Wir sollten uns darauf einstellen – einstellen wollen. Und denken wir auch daran, die demographische Entwicklung ist das mit Abstand größte Strukturproblem für unser Land, für die Wirtschaft und für die sozialen Sicherungssysteme. Ich weiß gar nicht, wie wir damit klarkommen wollten ohne Zuwanderung. Wir brauchen also Zuwanderung.

Aber die eigentlichen Fluchtursachen sind doch kaum zu beseitigen. Die Menschen in Eritrea wollen nicht abwarten, bis irgendwann deutsche Entwicklungshilfe wirkt.

Natürlich werden wir nicht die Probleme von sieben Milliarden Menschen auf der Welt hier bei uns in Mitteleuropa lösen können. Wir werden aber Menschen, die aus fürchterlicher Not nach Europa



2014, Köln: Der türkische Ministerpräsident Erdogan kommt. Foto Stefan Finger



2015, Athen: Alexis Tsipras Foto AP

kommen wollen, nicht zurückweisen. Wir dürfen sie auch nicht im Mittelmeer ertrinken lassen. Doch den Schlepperbanden müssen wir das Handwerk legen. Daneben müssen wir vor allem daran arbeiten, die Lage in der arabischen Welt zu stabilisieren. Das ist vielleicht die wichtigste Aufgabe, vor der wir stehen.

Kürzlich hat der französische Präsident François Hollande gesagt, Europa müsse sich in Syrien stärker engagieren.

Das sagt er ja schon seit geraumer Zeit.

Die arabische Welt steht in Flammen. Also hat Hollande doch recht.

Natürlich hat er recht. Das hat auch Konsequenzen für uns. Wir müssen uns in Deutschland daran gewöhnen, noch mehr außenpolitische Verantwortung zu übernehmen. Seit Joachim Gauck im Amt ist, weist er ja auch besonders darauf hin. Die Bevölkerung aber ist da skeptisch, sogar ablehnend, wie manche Umfragen zeigen. Das ist für Deutschland wahrlich kein Ruhmesblatt. Die Bundesregierung muss das zur Kenntnis nehmen, darf sich aber damit nicht zufriedengeben. Deutschland kann sich nicht wegducken. Ich weiß, gerade in der Außenpolitik sind wir seit 1990 einen sehr weiten Weg gegangen. Aber dieser Weg ist noch lange nicht zu Ende. Darauf müssen wir uns einstellen. Hier muss die Politik zeigen, dass sie den Mut hat zu führen, auch wenn die Umfragen eine andere Sprache sprechen.

Entwicklungshilfeminister Gerd Müller hat gesagt: „Wenn wir die Probleme nicht vor Ort lösen, kommen die Probleme zu uns.“

In der Politik ist es wie im gewöhnlichen Leben. Niemals können Sie ein Problem zu hundert Prozent lösen. Wir Deutsche sind auch nicht dazu berufen, alle Probleme dieser Welt zu lösen. Wir haben früher mal versucht, anderen unseren Willen aufzuzwingen – mit fürchterli-

„Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich Russland wieder besinnt.“

chen Folgen. Wegen unseres Wohlstandes und unserer Größe müssen wir aber mehr als andere Europäer zur Lösung der Probleme beitragen. **Haben Sie den Eindruck, dass die Europäer in der Flüchtlingsfrage schon das Optimale aus sich herausgeholt haben?**

Nein. Aber die Debatte darüber fängt ja erst so richtig an. Wir haben ja schon lange gesagt, dass wir Griechenland und Italien mit der Aufnahme von Flüchtlingen nicht im Stich lassen dürfen. Je mehr Deutschland seinen Teil zur Lösung des Flüchtlingsproblems beiträgt, desto mehr werden auch andere Länder dazu bereit sein.

Doch die Bevölkerung in Deutschland betrachtet die Aufnahme von Flüchtlingen mit einem wachsenden Stirnrunzeln.

Das nehme ich anders wahr. Wir erleben eine Welle der Hilfsbereitschaft. Ich finde es hochehrfreulich, dass immer mehr Menschen in Deutschland sagen, wir sollten Flüchtlinge aufnehmen und können das auch bewältigen. Daran müssen wir als Bundesregierung arbeiten. Wir müssen zeigen, dass wir das Notwendige tun. Wir müssen dabei auch Prioritäten setzen. Manch anderes muss dann halt auch einmal zurückstehen. Ich bin aber überzeugt, das schaffen wir. Insofern gibt es Parallelen zur Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands, als ebenfalls ganz neue und riesige Aufgaben zu bewältigen waren. Die Menschen in Deutschland haben damals gesagt: Ja, wir packen das. Und so muss das heute wieder sein. Damals in den Monaten der Wiedervereinigung vollbrachte die öffentliche Verwaltung eine Glanzleistung. Heute tut sie das bei der Aufnahme von Flüchtlingen wieder.

Eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen in der Europäischen Union lehnen Sie also ab?

Wir sollten das Maß an Freiheit bewahren, das wir in Europa erreicht haben. Andererseits darf die Niederlassungsfreiheit nicht dazu führen, dass wir unbegrenzt unsere hohen Sozialleistungen zur Verfügung stellen. Übrigens wenden sich alle Regierungen der Länder des westlichen Balkans dagegen, dass ihre Staatsbürger deutscher Sozialleistungen wegen ihre Länder verlassen. Wenn sie in Deutschland Arbeitsplätze finden, können sie gerne kommen. Wenn nicht, sollten wir ihnen auch keine Anreize bieten.

Ist das allein ein Problem für Deutschland?

Nein, das sehe ich als europäische Angelegenheit an. Die europäischen Institutionen, voran Kommission und Parlament, sind gefordert. Jetzt kann Europa zeigen, dass es einen Unterschied macht. Der Umgang mit der Flüchtlingskrise wird auch erweisen, ob wir Europäer untereinander Solidarität leben. Wir müssen als Ganzes gemeinsame Lösungen finden, selbst wenn sie über nationale verfassungsrechtliche Regelungen hinaus gehen.

In solchen Zeiten wäre es hilfreich, ein vernünftiges Verhältnis zu Russland zu haben. Wird das erst nach der Amtszeit Wladimir Putins möglich sein?

Das hoffe ich nicht. Es war eine große Leistung, dass in der Ukraine-Krise die Europäer und der Westen insgesamt beieinander geblieben sind – bei allen Schwierigkeiten. Wir haben Sanktionen verhängt und zugleich Kooperation angeboten. Ich kann nicht sagen, wie lange Russland braucht, um einzusehen, dass es vom Westen nicht bedroht



2015, Frankfurt: „Blockupy“ Foto Helmut Fricke



2014, München: Beate Zschäpe mit ihren Anwälten Foto dpa

wird und dass es von einer Zusammenarbeit mit dem Westen nur Vorteile erzielen kann.

In der russischen Öffentlichkeit werden immer mehr antiwestliche und antiamerikanische Stimmungen sichtbar.

Das ist vielfach doch bloß Rhetorik und Stimmungsmache. Und immer wieder hat die Kanzlerin gesagt: Wir jedenfalls werden nicht in die alten Muster des Verhaltens von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert zurückfallen. Aber wir werden auch nicht akzeptieren, dass Russland gegenüber der Ukraine das Völkerrecht einseitig gebrochen hat.

Herr Tsipras hat den Griechen etwas versprochen, was er selbstverständlich nicht halten konnte.

Zugleich werden wir aber immer kooperationsbereit sein. Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich Russland wieder besinnt.

Sehen Sie Putin als Alleinherrscher an, oder ist er von einem konfessionell geprägten russischen Nationalismus getrieben?

Es wird an beidem etwas dran sein. Aber selbst diejenigen, die sich für Alleinherrscher gehalten haben, waren das ja stets nur eine Zeitlang. Eines muss man jedoch auch sehen: Das Verhalten des Westens Russland gegenüber nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kann nicht als ein reines Ruhmesblatt bewertet werden. Als Russland erkennbar schwach war, hätte der Westen seine eigene Stärke nicht so sehr ausspielen müssen. Der vermeintlich Stärkere muss dem Schwächeren gegenüber großzügig sein. Der Westen hat Anlass, über sein eigenes Verhalten kritisch nachzudenken.

Ist der Westen schuld am russischen Vorgehen gegen die Ukraine?

Natürlich nicht. Russische Fehler darf man nicht mit Fehlern begründen, die im Westen gemacht worden sind. Dennoch brauchen wir die Zusammenarbeit mit Russland, wie man das etwa bei den Atomverhandlungen mit dem Iran gesehen hat.

Mit China ist eine neue Weltmacht entstanden. Stellt das den Führungsanspruch und die Führungsfähigkeit Amerikas in Frage?

Nur in einer kurzen Phase nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Sowjetunion gab es mit den Vereinigten Staaten eine einzige Weltmacht. Dieser Zustand konnte nicht von Dauer bleiben. Das war damals schon vorhersehbar. Eine Weltordnung, die nur auf einer Supermacht beruht, kann nicht stabil sein. Das heißt aber, dass wir stärker auf kooperative Strukturen in der Welt hinarbeiten müssen – auch um verbrecherische Regime in ihre Schranken zu weisen und den „Islami-

schen Staat“ bekämpfen zu können. Europa wiederum darf den Amerikanern schon aus eigenem Interesse nicht alles in der Weltpolitik überlassen. Anzumerken aber bleibt auch: China ist politisch und ökonomisch nicht ganz so stabil, wie es manchmal den Anschein hat. Die chinesische Führung ist sich dessen bewusst und reagiert entsprechend.

Sprechen wir über Europa und die deutsche Rolle, die zuletzt sogar als Hegemonie beschrieben wurde. Wir nehmen an, Sie teilen diese Rollenzuschreibung nicht.

Das 20. Jahrhundert liegt hinter uns. Im neuen Jahrhundert geht es um andere Dinge. Bleiben wir bei den Fakten: Ja, wir sind im Augenblick wirtschaftlich stark, wir sind das bevölkerungsreichste Land, wir haben unsere zentrale Lage in Europa und damit die Zentralrolle. Deswegen haben unsere Nachbarn, in Polen und in den baltischen Staaten zum Beispiel, so große Erwartungen an uns. Aber wir sind nicht ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, wir sind keine Nuklearmacht, und die deutsche Gesellschaft will auch nicht diese Art politischer Führung übernehmen. Aber wir müssen einen Teil der Führungsverantwortung übernehmen. Deswegen ist es klug, vieles mit Frankreich gemeinsam zu tun. Noch besser wäre es, wenn Großbritannien da mitmachte, aber zu meinem Bedauern hält sich London etwa bei der Bewältigung der Ukraine-Krise sehr zurück. Wir müssen unseren Teil an Verantwortung in Europa wahrnehmen, aber wir können es nicht alleine führen.

In einigen EU-Ländern wurde das Auftreten der Bundesregierung in Sachen Griechenland so wahrgenommen, dass Deutschland und der deutsche Finanzminister die Führungsrolle überzogen.

Das glaube ich nicht. Wir waren in der Euro-Gruppe einig. Bis unmittelbar vor dem jüngsten EU-Gipfel waren 18 Mitglieder immer völlig einer Meinung. Es gab Nuancen, aber keine gravierenden Unterschiede.

Was steht beim Thema Griechenland wirklich auf dem Spiel?

Wer das verstehen will, muss die tieferen Zusammenhänge sehen. Jedes Land heutzutage muss beweisen, dass es in der Lage ist, den Anpassungsprozess zu bewältigen, der notwendig ist, um in der globalisierten Weltwirtschaft zu bestehen. Modernitätsverweigerung hilft gar nicht, nirgendwo; dieser Anpassungsprozess ist notwendig und unausweichlich. Und in einer Währungsunion liegen die Dinge noch schwieriger. Ob man diesen Anpassungsprozess lieber als Mitglied in einer Währungsunion macht, bei der das Instrument der externen Abwertung nicht zur Verfügung steht, ist eine Frage, die sich die griechische Gesellschaft stellen muss. Die Regierung Samaras war auf einem guten Weg. Herr Tsipras hat die verständliche und wachsende



2015, Berlin: Schäuble Foto Jens Gyarmaty

2015, Dresden: Demonstranten der „Pegida“-Bewegung Foto AFP

Unruhe in der griechischen Bevölkerung wegen der Anpassungslasten ausgenutzt und den Griechen versprochen: Wir bleiben im Euro – aber ohne Programm und ohne Anpassung. Das war ein Versprechen, das Tsipras selbstverständlich nicht halten konnte. Dann hat er ein halbes Jahr gebraucht, um das Gegenteil zu machen. Das ist die Geschichte der ersten sechs Monate. Der zweite Teil der Antwort ist der: Solange wir in Europa nicht die Bereitschaft haben, den europäischen Institutionen wesentliche Teile staatlicher Souveränität zu übertragen, liegt die Verantwortung bei den Nationalstaaten. Und es bedarf Regeln, die wir einhalten sollten. Ohne Vertrauen, dass Absprachen eingehalten und umgesetzt werden, geht es in Europa nicht voran.

Die Linke Sahra Wagenknecht sagt, der Euro beerdige die Demokratie in Europa, weil die nationale Handlungsautonomie beschnitten oder ausgeschaltet werde. Ist da etwas dran?

Nicht alles, was man polemisch formulieren kann, ist hilfreich. Eigentlich braucht eine Währungsunion auch eine politische Union. Nun bekommt man in Europa perfekte Lösungen nicht am Anfang, sondern allenfalls in einer mühsamen Entwicklung. Dennoch sind wir gut vorgekommen. Wir leben in einer Art Mehrebenensystem: Wir entscheiden auf europäischer Ebene, und wir entscheiden auf der nationalen Ebene. Damit müssen wir vernünftig umgehen.

Hat denn Ihr mittlerweile 20 Jahre alter Vorschlag von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten noch Relevanz?

Der Vorschlag von Karl Lamers und mir ist im Prinzip immer noch richtig. Damals lautete die Frage: erst Ost-Erweiterung oder erst Vertiefung der Institutionen? Wir waren der Auffassung, wir müssten beides gleichzeitig machen, mit Hilfe eines Kerns, der alles zusammenhält, weil nicht alle zum gleichen Zeitpunkt die gleiche Integrationsstufe erreichen wollen oder können. Unser Ziel war nie, Europa zu teilen, sondern wir wollten Europa mit einer gewissen Flexibilität voranbringen. Die Währungsunion und das Schengen-Abkommen folgen diesem Prinzip. Künftig werden wir verstärkt über das Verhältnis der Währungsunion zu den EU-Partnern nachdenken müssen, die ihr nicht angehören. Hier werden wir vor allem Lösungen mit unseren britischen Freunden finden müssen. Eine EU ohne Großbritannien ist nicht vorstellbar – und schon gar nicht in deutschem Interesse.

Haben Sie eine Erklärung für das Phänomen Wutbürger, für die Wut auf das Establishment?

Das ist eine Minderheit, die breite Mehrheit der Bevölkerung denkt nicht so. Aber es ist interessant: Zu den Protestgruppen gegen Stuttgart 21 gehörten viele ältere, gutsituierte Leute aus den gehobenen

Wohngebieten der Stadt, die zum Teil ihr Leben lang CDU oder FDP gewählt haben und die sich dann in diese Sache hineingesteigert haben. Tatsächlich interessieren sich die meisten Leute nicht sehr für Politik. Nehmen Sie meine Heimat Baden-Württemberg; dort sind immer weniger Leute bereit, das Amt des Bürgermeisters zu bekleiden.

Woher kommt der Hass gegen Politiker und gegen die Medien?

Das Umfeld für Politik hat sich dramatisch verändert. Das Internet ist ein Treiber dieser Veränderungen und wirkt dabei nicht immer als ein Segen. Im Gegenteil. Wir erleben auch, dass der Niveaulosigkeit keine Grenzen gesetzt sind. Die Anonymität des Netzes lädt offenbar dazu ein, andere zu beleidigen und herabzuwürdigen. Es gibt den Effekt des Herdengetrampels. Noch haben wir keine abschließende Antwort, wie die Umbrüche in der Kommunikationstechnologie unsere Gesellschaft sowie unsere wirtschaftlichen und politischen Strukturen verändern werden. Die Dinge sind im Fluss. Viele hergebrachte Schnittmuster funktionieren aber definitiv nicht mehr.

Sie gehören dem Bundestag seit 1972 an, so lange wie kein anderer. Was hat sich verändert im politischen Betrieb?

Es geht uns gut heutzutage. Wir empfinden nicht mehr diese existentiellen Herausforderungen. Viele glauben, alles soll am besten so bleiben, wie es ist. Das eigentliche demokratische Prinzip dagegen, der demokratische Wettbewerb, ist nicht so furchtbar beliebt. Diese Stabilität hat aber auch unbestreitbare Vorteile. Im Unterschied zu uns geht es in anderen westlichen Demokratien bei der Mehrheitsbildung, vorsichtig formuliert, weitaus turbulenter zu. Man kann ja mit einem gewissen Entsetzen den amerikanischen Vorwahlkampf beobachten. Politische Stabilität ist übrigens auch ein hoher wirtschaftlicher Standortfaktor. Weil diese Regierung und diese Bundeskanzlerin sind, wie sie sind, haben wir ein Maß an Stabilität, das der Wirtschaft nicht unbedingt schadet.

In wenigen Wochen jährt sich die deutsche Wiedervereinigung, an der Sie maßgeblich beteiligt waren, zum 25. Mal. In welchem Zustand sehen Sie das Land? Wie steht es um den Zusammenhalt der Gesellschaft? Schwindet der?

Ich bin Optimist. Wenn ich auf die Flüchtlingskrise blicke, dann bin ich mir sicher, dass wir das meistern werden. Wenn wir begreifen, vor welchen Aufgaben wir stehen, werden wir sie auch annehmen und meistern.

Mit Wolfgang Schäuble sprachen **Günter Bannas**, Leiter des Hauptstadtbüros der F.A.Z., und **Klaus-Dieter Frankenberger**, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik der F.A.Z.



2015, Paris: „Charlie Hebdo“ Foto dpa



2015, Elmau: Merkel mit Obama beim Treffen der G7, diesmal ohne Putin Foto dpa

FRAU GRÄSSLE, DIE EU UND DIE MÜDIGKEIT

Selten zuvor war die Idee von Europa so außer Mode. Ein Ortstermin mit einer Abgeordneten des Europäischen Parlaments. VON JULIAN STAIB

Vom Freibad dringt Geschrei über die Wiese, ein Sommernachmittag in Wachbach, einem idyllischen Örtchen im Nordosten Baden-Württembergs. Neben an im Biergarten ein paar Männer beim Feierabendbier, sie reden über Griechenland. Inge Gräßle läuft unter der großen Linde hindurch bis zu einem kleinen Tisch im Eck. Keiner achtet auf sie. Bei ihrem ersten Besuch im Dorf hingen Europaflaggen an den Häusern. 2005 war das, und seitdem hat sich vieles verändert. Die CDU-Europaabgeordnete will gleich in der Gaststätte etwas zu Griechenland sagen, aber die Männer werden im Biergarten sitzen bleiben. Auf dem Zettel der Veranstaltung steht: „Euro, Flüchtlinge, Ukraine: Druck auf Europa – Wie geht es weiter?“ Als würde eines der Probleme, mit denen Europa zurzeit ringt, nicht ausreichen für einen Vortrag. Trotzdem hat Gräßle Sorge, dass kaum Zuhörer kommen. „Europa stört mal wieder den heimischen Frieden“, sagt sie.

Gräßle gehört zu den einflussreichen Europaabgeordneten. Seit 2004 ist sie in Brüssel und seit 2014 Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses. Dabei geht es um viele Millionen Euro, aber wenn sie in ihrem Wahlgebiet Veranstaltungen macht, kommen etwa halb so viele Zuhörer wie früher. Angesichts dieser „kolossalen Europamüdigkeit“ versuche sie immer wieder, „Trittbrett“ zu fahren, sagt Gräßle. Das heißt, sie spricht Grußworte auf Feiern etwa zum hundertfünfzigjährigen Bestehen von Schützenvereinen und flicht ein paar Worte zur EU mit ein.

Im holzgetäfelten Saal der Gaststätte sitzen dann rund vierzig Leute. Viele ältere Männer mit braungebrannten Armen, karierten Hemden und zerfurchten Gesichtern. Gräßle läuft durch die Reihen, gibt allen

die Hand. Ein paar Tage zuvor lehnten die Griechen in einem Referendum die Sparvorschläge ab, und just in der Nacht zuvor bereitete Athen abermals neue Reformvorschläge vor. Nun ist die Frage, ob sich Europa abermals darauf einlässt. Gräßle ist dagegen. „Es sind alle genauso wütend wie Sie. Auch die Angela Merkel“, sagt sie. „Die Leute von Syriza haben uns am Nasenring durch die Arena gezogen.“ Im Raum hoffen alle mit Gräßle, dass „Ultimo auch mal Ultimo isch“. Aber Gräßle warnt: Das „schwäbische Ultimo“ gebe es nicht mit Griechenland. Unbekannt ist zu diesem Zeitpunkt, dass der Bundestag bald neue Verhandlungen mit Athen befürworten wird.

Gräßle darf nicht abstimmen. Das tun in der Angelegenheit nur einige nationale Parlamente. Aber für die Leute hier ist Gräßle Europa, und Europa muss das regeln. Gräßle muss all die Unmutsbekundungen auffangen und immer wieder ihre Machtlosigkeit erklären. Ein Mann ruft ihr zu, das Parlament solle doch endlich das Steuermodell in Europa ändern: „Ihr habt doch die Macht.“ Aber die hat sie nicht. In der Steuer und in der Außenpolitik entscheiden die Mitgliedstaaten. „Ich täte ja gerne, aber die lassen mich nicht“, sagt Gräßle. Zugleich ist sie dagegen, mehr Kompetenzen nach Brüssel zu übertragen. Gräßle trägt selbst eine gehörige Portion Europa-Skepsis in den Raum. Das ist, wenn man so will, ein Mittel, um die Leute zu erreichen. Zugleich ist es ein Ausdruck der eigenen Machtlosigkeit.

Die Zuhörer haben ein Bier oder ein „Viertel“ Wein vor sich, sind gut informiert, unterbrechen Gräßle oft, halten lange Monologe. Erstens, zweitens, drittens, Frau Gräßle. „Bitte gern“, sagt diese dann. Oder auch: „Ich bin total Ihrer Ansicht, aber es hilft ja nichts.“ Manchmal ist aus ihrem Schwäbisch ein wenig Verzweiflung herauszuhören. Ihre tatsächliche Arbeit in Brüssel, die Kontrolle der Mittelvergabe der EU, streift sie nur am Rande. Gräßle arbeitet, wie sie es nennt, im „Maschinenraum“. Prangert Missbrauch und Verschwendung an. Momentan kümmert sie sich auch um die Harmonisierung des Strafrechts in Europa. Damit kann hier keiner was anfangen. Gräßle kann den Leuten nichts Konkretes anbieten. „Die Kommunikation geht schief, und das merkt man“, sagt sie später im Gespräch. Es treibt sie um, dass viele Bürger von der EU enttäuscht sind. „Meine Mittelständler“, sagt sie, aber auch die Landwirte hier hätten doch von der EU profitiert.

Der Kommission hinterherfegen und prüfen, ob Mittel verschwendet wurden, das ist nicht unbedingt der beliebteste Job in Brüssel. Damit macht man sich nicht nur Freunde. Doch im Parlament wird Gräßle geschätzt. Sie gilt als äußerst fleißig. Zudem stehe sie für ein starkes Parlament, da sie als Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses



2014, Mittelmeer: Afrikanische Flüchtlinge in einem Boot der italienischen Marine. Foto AP



2015, Berlin: Griechenland-Abstimmung Foto dpa

nicht davor zurückschrecken, sich mit Mächtigen anzulegen, sagt ein Abgeordneter. Auch wird ihr ein guter Draht in die Fraktionen nachgesagt; ihr gelinge es immer wieder, auch unkonventionelle Mehrheiten zu organisieren, von den Linken über die Grünen bis zu den Europa-Skeptikern. Wichtig in Zeiten, in denen mittlerweile rund ein Fünftel des Parlaments aus Antieuropäern besteht.

Kritiker äußern allenfalls, Gräßle dürfe sich nicht im „Mikromanagement“ verlieren. Fragt man Gräßle nach der ganz großen Linie, warum es eigentlich die EU brauche, dann zögert sie kurz, und es fällt ihr letztlich nur die „Friedensnummer“ ein, wie sie es nennt. Deutschland müsse aus Eigeninteresse und für den Frieden die EU zusammenhalten. Eigentlich mag Gräßle das Argument nicht. Früher habe sie sich vorgenommen, nie so zu reden. „Was ist das für ein Politikverbund, in dem man den Leuten mit dem Krieg Angst macht?“ Aber nun tut sie es auch. Natürlich sei das eine „Flucht“, sagt sie. Gräßle sorgt sich, dass die EU zerbröselt angesichts der Bedrohungen von außen und der nationalistischen, zum Teil europafeindlichen Bewegungen von innen. Gräßle tut viel dafür, das zu verhindern, fährt jeden Monat 6000 Kilometer, jede Woche Heidenheim–Brüssel und zurück, arbeitet täglich zwölf bis 14 Stunden und tourt am Wochenende durch ein Gebiet, das mehr als sechs Landtagswahlkreise und drei Bundestagswahlkreise umfasst und in dem mehr als 900 000 Menschen leben. 80 bis 90 Stunden pro Woche arbeite sie vermutlich, sagt Gräßle und will damit ja nicht angeben, schließlich sei das „hoch abschreckend“. Familie hat die Vier- und fünfzigjährige nicht. Sie hoffe, sagt Gräßle, dass sie Teil der letzten kinderlosen Politikergeneration sei. Auch aufgrund der hohen Arbeitsbelastung mangle es den Parteien an gutem Nachwuchs.

Ein paar Mitglieder der Jungen Union sind dann doch dabei unter den vielen älteren Zuhörern beim Termin ein paar Wochen darauf in dem kleinen schwäbischen Ort Zell unter Aichelberg am Fuße der Schwäbischen Alb. Es ist eine Art Stammtisch mit Weinprobe. Gräßle bringt acht Weine aus vier europäischen Ländern, ein Sommelier stellt sie vor. „Der erschte Wein, wo mer kredenzet ...“ Dann sagt Gräßle etwas zu den EU-Ländern, aus denen die Weine stammen. Am meisten aber spricht sie wieder über Griechenland. Obwohl kein griechischer Wein dabei ist. Der sei nicht gut genug, sagt einer der Zuhörer.

Der Bundestag hat in der Zwischenzeit zugestimmt, Verhandlungen über ein neues Rettungspaket aufzunehmen, und wird in Kürze über das Paket befinden. Gräßle war bekanntlich dagegen, aber das sagt sie hier nicht. Nun lautet ihr Tenor: Athen habe einen „heilsamen Schock erlebt“, und Europa habe den „Schuss gehört“. Es dürfe keine Aufwei-

chung der Regeln mehr geben. „Sagen wir schon lang“, ruft jemand aus dem Publikum. Die Griechen seien „stinkfaul“, die hätten gute Erde, aber schafften nichts und importierten alles. „Nein, nein, nein“, ruft Gräßle, „da hat man nicht klug gewirtschaftet.“

Die Stimmung ist trotz des Weins etwas angespannt, und der Sommelier macht vor allen Leuten einen schlechten Witz. Beim Wein sei es wie mit der Politik. Man merke erst hinterher, welche Flaschen man gewählt habe. Gräßle steht alleine vor allen Leuten. Eine zierliche Frau, die über den Witz nicht recht lachen kann. „Ich möchte Ihnen sagen, dass die, die Sie gewählt haben, ihr Mandat schon ernst nehmen“, sagt sie. Ein Mann fragt, wie man den „wahnwitzigen Draghi stoppen“ könne. Zeit für den nächsten Wein, sagt Gräßle, aber dann geht sie doch darauf ein, verteidigt Sparpolitik und EZB. Währenddessen schlotzen, wie man hier sagt, die Gäste den Wein. Acht Gläser in zwei Stunden. Die großen Behälter, in die der getestete Wein nach der Probe gekippt werden kann, bleiben zumeist leer.

Aufregung, als Gräßle eigentlich in einem Nebensatz auf EU-Projekte in der Türkei zu sprechen kommt. „Was macht da unser Geld?“, ruft einer. Die Türkei sei ein Kandidatenland und bekomme jährlich EU-Projektgelder in Höhe von 600 bis 700 Millionen Euro, sagt Gräßle. „Was?“, rufen da einige. „Das können Sie verantworten?“ Gräßle ist keine Befürworterin von EU-Erweiterungen. Sie hat gegen die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien gestimmt. Doch sie ist pragmatisch. Jetzt überwacht sie die Mittelvergabe an die beiden Staaten. „Ohne uns hätten die Länder gar keine Chance. Ob sie mit uns eine haben, weiß ich nicht“, sagt sie. Einen Versuch aber sei es doch wert.

Beim nächsten Wein, einem Rioja aus Spanien, kommt Gräßle auf die Flüchtlinge zu sprechen. „Ich weiß, dass die Zahl der Flüchtlinge hier für Sie ein Problem ist. Aber es gibt keine einfachen Lösungen“, sagt sie. „Wenn es jemand hinbekommt, dann wir.“ Ganz zum Schluss dann der deutsche Wein. Ein Riesling aus Brackenheim, der Geburtsstadt von Theodor Heuss, und – hier ist man sich einig – besser als alle südeuropäischen Weine. Gräßle nutzt den Moment und warnt vor zu viel Selbstzufriedenheit. Auch Deutschland habe Probleme: Die Rente künftiger Generationen sei in Gefahr, ruft sie den alten Leuten zu. Zudem müsse die Staatsverschuldung gesenkt werden. Gemurmel an den Tischen. Das hört man hier nicht so gerne. Am Ende bedankt sich Gräßle. „Bleiben Sie fröhlich“, ruft sie und greift nach einem Glas Wein.

Julian Staib ist politischer Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.



2014, Baskin Collage: Ebola-Toter in Sierra Leone. Foto Daniel Pilar



2013, Athen: Demonstranten vor der deutschen Botschaft. Foto Reuters



Fotos Daniel Pilar, Andreas Pein

DIE KONFERENZ ZUM MAGAZIN

Ein paar Stichworte genügen: Krim, Ukraine, Griechenland, Lampedusa. Dass die Zeit aus den Fugen sei, fand schon Hamlet, aber der Dänenprinz hatte ja auch gerade einen Geist gesehen. Die Rückkehr alter Geister, die wir erledigt glaubten, das Ende von Gewissheiten, auf die wir uns nach Jahrzehnten der Stabilität vielleicht zu naiv verließen – sie sind Anlass für die siebte „Denk ich an Deutschland“-Konferenz in Berlin am 18. September 2015.

Mit dabei sind unter anderen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz, der Historiker Heinrich August Winkler, der Europaabge-

ordnete Elmar Brok, der Ökonom Henrik Enderlein, der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger, der russische Politologe Sergej Karaganow, der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta sowie die Abgeordneten des Deutschen Bundestags Dietmar Bartsch, Jens Spahn und Peer Steinbrück.

Die Konferenz ist ausgebucht. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir keine weiteren Anmeldungen berücksichtigen können. Informationen finden Sie unter www.alfred-herrhausen-gesellschaft.de; dort gibt es im Anschluss auch Beiträge von der Konferenz.



IMPRESSUM

Zur Konferenz der Alfred Herrhausen Gesellschaft und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erscheint die Beilage **Denk ich an Deutschland 2015**. Die Beilage ist eine Produktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Klaus-Dieter Frankenberger.

Zuständiger Redakteur: Bertram Eisenhauer.

Art Director: Peter Breul. **Bildredakteur:** Henner Flohr, Christian Pohlert (verantwortlich).

Gestaltung: Tobias Stier.

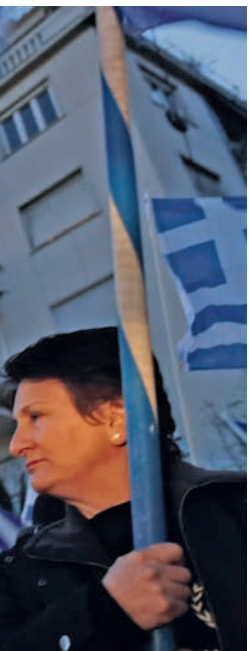
Repro/Produktion: Mediengestalter Zeitungsproduktion/CvD.

Verantwortlich für Anzeigen: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Druck: Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf. © Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main.

Redaktion und Verlag, Postanschrift:

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2-4, 60267 Frankfurt am Main. Diese Sonderbeilage und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlags strafbar.



2015, Zagan: Deutsche bei Nato-Manöver in Polen. Foto Getty



2015, Rosenheim: Flüchtlinge ohne Papiere. Foto Andreas Müller



10 ausgezeichnete Jahre mit 2.855 ausgezeichneten Orten.

Der Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ feiert 10 erfolgreiche Jahre. Gemeinsam mit der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ hat die Deutsche Bank als Nationaler Förderer des Wettbewerbs in dieser Zeit 2.855 bahnbrechende Ideen prämiert, die für den Standort Deutschland stehen und unser Land vorangebracht haben. Zu ihren herausragenden Leistungen gratulieren wir allen Ausgezeichneten – und danken ihnen für ihre Ideenvielfalt, mit der sie unser Land inspirieren und nachhaltig prägen.

Leistung aus Leidenschaft